

20. (außerordentliche) Sitzung

am Mittwoch, dem 4. Mai 2016

Inhalt

Bericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2016 zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016

Mitteilung des Senats vom 26. April 2016 (Drucksache 19/402)

Konsolidierungsbericht 2015 der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 5 Abs. 7 Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen

Mitteilung des Senats vom 26. April 2016 (Drucksache 19/403)

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2016/2017; Finanzplanung 2015 bis 2020

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2016 (Drucksache 19/412)

1. Lesung

Rechtsgutachtliche Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Koriath, Ludwig-Maximilians-Universität München

Vereinbarkeit der Mehrausgaben für geflüchtete Menschen in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 mit dem Konsolidierungshilfengesetz und der Landesverfassung

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2016 (Drucksache 19/413)

Umsetzung des Integrationskonzepts des Senats

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2016 (Drucksache 19/414)

Bürgermeisterin Linnert 1465

Abg. Röwekamp (CDU) 1470

Abg. Tschöpe (SPD) 1476

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen) 1480

Abg. Rupp (DIE LINKE) 1484

Abg. Frau Steiner (FDP) 1487

Abg. Eckhoff (CDU) 1491

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen) 1492

Abg. Tschöpe (SPD) 1493

Abg. Professor Dr. Hilz (FDP) 1494

Abg. Rupp (DIE LINKE) 1495

Abstimmung 1496

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Krümpfer, Frau Wendland.

Präsident Weber**Vizepräsident Imhoff****Vizepräsidentin Dogan****Schriftführerin Bösch****Schriftführer Tuncel****Schriftführer Zicht**

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 20. (außerordentliche) Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde interfraktionell vereinbart, dass für die Beratungen zum Haushalt 2016/2017 in erster Lesung eine verlängerte Redezeit von bis zu 30 Minuten für den ersten Redner je Fraktion vorgesehen ist.

Nach der Einbringungsrede der Senatorin für Finanzen, Frau Bürgermeisterin Linnert, erhalten die Redner der Fraktionen in der Reihenfolge CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP und ALFA-Gruppe das Wort. In die Aussprache im Landtag fließt die Debatte über den Stadthaushalt ein, sodass in der Stadtbürgerschaft auf eine Aussprache verzichtet werden kann.

Die übrigen interfraktionellen Absprachen können Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 13.00 Uhr, entnehmen. Diesem Umdruck können Sie auch die Eingänge gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, diese nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um Tagesordnungspunkt 4, Rechtsgutachtliche Stellungnahme von Herrn Professor Dr. Koriath, Ludwig-Maximilians-Universität München, Vereinbarkeit der Mehrausgaben für geflüchtete Menschen in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 mit dem Konsolidierungshilfengesetz und der Landesverfassung, Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2016 (Drucksache 19/413), und um Tagesordnungspunkt 5, Umsetzung des Integrationskonzepts des Senats, Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2016 (Drucksache 19/414).

(B) Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Enthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Bericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2016 zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016

Mitteilung des Senats vom 26. April 2016 (Drucksache 19/402)

Wir verbinden hiermit:

Konsolidierungsbericht 2015 der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 5 Abs. 7 Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen

Mitteilung des Senats vom 26. April 2016 (Drucksache 19/403)

sowie

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2016 und 2017; Finanzplanung 2015 bis 2020

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2016 (Drucksache 19/412)

1. Lesung

und

Rechtsgutachtliche Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Koriath, Ludwig-Maximilians-Universität München, Vereinbarkeit der Mehrausgaben für geflüchtete Menschen in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 mit dem Konsolidierungshilfengesetz und der Landesverfassung

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2016 (Drucksache 19/413)

des Weiteren

Umsetzung des Integrationskonzepts des Senats

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2016 (Drucksache 19/414)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

Ich weise noch darauf hin, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushalts einbezogen werden soll. Ich hatte gerade darauf hingewiesen, dass eine verlängerte Redezeit vereinbart ist. Sie beträgt für den jeweils ersten Redner einer Fraktion bis zu 30 Minuten, und im Übrigen richtet sich die Redezeit nach der Geschäftsordnung.

Wir kommen zur ersten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert. – Bitte, Frau Bürgermeisterin, Sie haben das Wort!

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der bewegenden Trauerfeier für Hans Koschnick ist es jetzt gar nicht so leicht, aber wir machen das trotzdem. Für den Senat lege ich Ihnen heute die Haushaltsentwürfe für das Land und die Stadtgemeinde Bremen für die Jahre 2016 und 2017 vor. Zuerst möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei Haushaltsdirektor Schneider und Personalchefin Anke Saebetzki und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilungen 2 und 3 bei der Senatorin für Finanzen, die das hier unter herausfordernden Bedingungen, Zeitnot, ständig sich verändernden Prognosen und mit knappen Ressourcen mit ganz hohem persönlichen Einsatz möglich gemacht haben. Sie hatten trotzdem immer noch Einfälle, was wir besser machen können, haben Ressort-

(C)

(D)

- (A) anliegen mit Rat und Tat und oft auch Geld unterstützt und haben fast nie die gute Laune verloren. Dank auch an die Staatsräte Henning Lühr und Dietmar Strehl, die es fertigbringen, 20 Bälle in der Luft zu halten und gleichzeitig ein Bollwerk gegen allzu spontihhaft vorgebrachte Geldwünsche zu sein!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dank an die Verwaltungsleiter und -leiterinnen aller Ressorts, die unsere nächsten Ansprechpartner und -partnerinnen sind, und natürlich besonders an Olaf Joachim und die Senatskanzlei! Nicht zuletzt ein Dank an Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, für die Bereitschaft zu dieser Sondersitzung und einem ambitionierten Zeitplan! Ihnen ist es zu verdanken, dass wir vor der Sommerpause einen beschlossenen Haushalt bekommen werden.

Etwa 13 Kilogramm Papier liegen vor Ihnen, diesmal in neuer Form. Nur die wenigsten haben das mitgeschleppt. In den einzelnen Bänden beispielsweise für das Bildungsressort finden Sie alle Informationen auf einen Blick, den Kameralen und den Produktgruppenhaushalt, den Stellenplan, die Wirtschaftspläne unserer Eigenbetriebe und Sondervermögen. Neu in diesen Bänden ist, dass Sie darin auch die jeweils zugehörige maßnahmenbezogene Investitionsplanung finden. Sie erhöht das Maß an Transparenz im Investitionshaushalt enorm.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bremen ist gesetzlich der Schuldenbremse verpflichtet, und deshalb ist es auch nicht so, wie eine wichtige Bremer Tageszeitung heute titelt: Bremen will die Schuldenbremse lockern. Das ist bei gesetzlichen Vorgaben erstens nur schwer möglich, und zweitens haben wir das auch nicht vor. Wir sind der Schuldenbremse verpflichtet. Wir haben eine Vorgabe der Landesverfassung, dass wir unsere Nettokreditaufnahme Jahr für Jahr deutlich senken, bis wir im Jahr 2020 eine Neuverschuldung von null erreichen. Fünfmal in Folge ist uns das bisher gelungen. Darauf sind wir stolz, und wir stehen hinter diesem Weg. Wir halten den Konsolidierungspfad nicht nur aus Verpflichtung, sondern aus Überzeugung ein.

Wenn Sie diesen Haushalt verabschieden, beenden Sie eine etwa sechsmonatige haushaltslose Zeit. In dieser Zeit durfte nach Artikel 132 a der Landesverfassung nur das Allernötigste ausgegeben werden, um den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten und gesetzlich vorgegebene Ausgaben zu tätigen. Daran sind wir gebunden. Es geht hier um die demokratische Vorstellung, dass das neugewählte Parlament über die zukünftigen Ausgaben entscheidet und nicht an Vorgaben des vorangegangenen Parlaments gebunden ist. Also haben wir erst nach der Konstituierung des Parlaments und nach der Senatswahl mit der Haushaltsaufstellung begonnen. Wir haben uns angestrengt, unsere Arbeit zügig und zugleich ordentlich zu erledigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Haushaltsaufstellung steht unter ganz besonderen Vorzeichen. Sehr viele Menschen sind im vergangenen Jahr zu uns geflohen, vor Krieg, Terror und großer Not. Diese Menschen brauchen unsere Hilfe. Wir sind uns sicherlich darin einig, dass das sprichwörtliche Dach über dem Kopf nur der Anfang ist. Es braucht mehr, damit ein mittel- und langfristiges Zusammenleben in unserer Gesellschaft gelingen kann. Integration ist der Schlüssel dafür – Integration über Sprachkurse, eine eigene Wohnung, Kindergarten- und Schulplätze, Qualifikations- und Ausbildungsmöglichkeiten, Anerkennung von vorhandenen Berufsabschlüssen und Qualifikationen. Wir müssen viel aufwenden, damit sich die Menschen ein eigenes, selbstbestimmtes Leben aufbauen können und schließlich Hoffnung für eine Zukunft entwickeln.

Die gerade aufgezählten Aspekte der Flüchtlingsintegration kosten auch sehr viel Geld. In den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen müssen wir im Jahr 2016 mit zusätzlichen, flüchtlingsbedingten Mehrausgaben in Höhe von 314 Millionen Euro und im Jahr 2017 in Höhe von 269 Millionen Euro rechnen. Bis heute ist die Abschätzung äußerst schwierig. Im vergangenen Jahr kamen etwa 12 000 Menschen nach Bremen. In diesem Jahr rechnen wir in Anlehnung an die Annahmen des Bundes mit 8 000 Flüchtlingen und im Jahr 2017 mit 6 000 Flüchtlingen.

Wir legen Ihnen heute einen Haushalt vor, der die zusätzlichen Kosten für die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen gesondert ausweist, nicht herausrechnet. Damit können wir einerseits zeigen, dass Bremen in seinen Konsolidierungsanstrengungen nicht nachlässt und diese auch in den kommenden Jahren fortführen wird. Bremen ist und bleibt vertragstreu.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Andererseits können Sie so sehr genau nachvollziehen, wofür wir das zusätzlich benötigte Geld ausgeben. Die Mehrausgaben setzen sich zusammen aus Sozialleistungen, Investitionen für Flüchtlingsunterkünfte, Kosten des dritten Sofortprogramms, Mieten für Flüchtlingsunterkünfte sowie aus dem Integrationsbudget. Da diese Ausgaben dazu führen werden, dass Bremen die Defizitobergrenze ab 2016 voraussichtlich überschreitet, wird der Senat sie nur bei einzeln nachgewiesenem Bedarf und genauem Verwendungszweck beschließen. Die Mittel werden zentral veranschlagt und mit einem Sperrvermerk versehen. Über ihre Freigabe entscheidet der Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Herausforderung der hohen zusätzlichen Belastung teilen wir uns mit allen Kommunen und Ländern. Die dreistelligen Millionenbeträge in den Jahren 2016 und 2017 kann Bremen nicht aus dem laufenden Haushalt bezahlen. Um sie zu kompensieren,

(C)

(D)

- (A) müssten wir beispielsweise alle Zahlungen an die Hochschulen stoppen. Der Bremer Senat geht davon aus, dass die Kosten der Flüchtlingsaufnahme eine Ausnahme vom Konsolidierungspfad rechtfertigt. Diese Ausnahme ist auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse extra im Grundgesetz, in der Bremer Landesverfassung und im Konsolidierungshilfengesetz vorgesehen. Wir gehen davon aus, dass hier eine Ausnahme für außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorliegt.
- Zur Absicherung unserer Rechtsauffassung haben wir den Rechtswissenschaftler Professor Dr. Stefan Korioth beauftragt, eine rechtsgutachterliche Stellungnahme zu erstellen. Wie Sie aus Ihren Unterlagen ersehen können, hat Professor Dr. Korioth unsere Rechtsauffassung eindeutig bestätigt. Dennoch wissen wir, dass wir mit diesem Weg rechtliches Neuland betreten, was immer ein gewisses Risiko bedeutet.
- Werfen wir einen Blick auf das große Ganze! Die Ausgaben im Haushalt 2016 betragen 5,27 Milliarden Euro, im Jahr 2017 sind es 5,32 Milliarden Euro inklusive der Weiterleitung der Konsolidierungshilfen an Bremerhaven. Die Einnahmen veranschlagen wir mit 4,7 Milliarden Euro für 2016 und 4,9 Milliarden Euro für das Jahr 2017 inklusive der 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfen. Auch bei einer reduzierten Nettokreditaufnahme steigt der Schuldenstand Bremens weiter von 19,9 Milliarden Euro im vergangenen Jahr auf 20,4 Milliarden Euro im Jahr 2016 und 20,7 Milliarden Euro im Jahr 2017.
- Zur Haushaltswahrheit gehört, dass der Sicherheitsabstand zur maximal zulässigen Kreditaufnahme im Jahr 2016 noch 87 Millionen Euro ohne die Flüchtlingskosten und im Jahr 2017 nur 48 Millionen Euro beträgt und dass wir im Jahr 2017 noch eine globale Minderausgabe von 39 Millionen Euro aufzulösen haben. Natürlich haben uns günstige Rahmenbedingungen, niedrige Zinsen und gute Steuereinnahmen geholfen. Zum Erfolg beigetragen haben aber auch unsere eigenen Anstrengungen. Ein Ergebnis unserer Eigenanstrengung ist, dass wir zum zweiten Mal seit 23 Jahren im Jahr 2015 einen sogenannten positiven Primärsaldo hatten. Das bedeutet, dass Bremen ohne die Schuldenlast finanziell lebensfähig ist. Wir sind also auf dem richtigen Weg. Das Anliegen des Senats ist es, Bremen eine Zukunft zu eröffnen, die nicht von erdrosselnden Zinslasten geprägt ist, sondern wieder mehr und mehr an politischem Gestaltungsspielraum gewinnt.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- In diesem und im nächsten Jahr wird Bremen voraussichtlich jeweils knapp 600 Millionen Euro für Zinsen ausgeben müssen. Solche Summen wollen wir lieber für die Bremerinnen und Bremer ausgeben, anstatt sie an Banken für Zinszahlungen zu überweisen.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- (C) Bei aller finanziellen Enge setzt der Bremer Senat selbstverständlich auch 2016 und 2017 politische Schwerpunkte. Wir legen heute einen Haushalt der Solidarität und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes vor, in dem sich zusätzliche Mittel für unsere zentralen politischen Schwerpunkte im Bereich der Kinderbetreuung und Bildung, der Ausbildung und Arbeitsmarktförderung, im Wohnungsbau oder bei der Ausstattung von Feuerwehr und Polizei finden.
- Neben der Aufgabe der Flüchtlingsintegration wollen und müssen wir soziale Konkurrenz vermeiden. Wir setzen die vorhandenen Ressourcen weiter dafür ein, Schwächere und Benachteiligte in unserer Stadtgesellschaft zu stärken und ihnen Perspektiven zu eröffnen.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Bremen ist eine wachsende Stadt. Die Kinderzahlen steigen. Deshalb planen wir, 16 zusätzliche Klassenverbände einzurichten und 550 Plätze für unter Dreijährige und 700 Plätze für über Dreijährige zu schaffen. Wir wollen, dass alle Kinder einen guten Start in der Schule haben, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Elternhaus. Deshalb werden acht weitere Grundschulen zu Ganztagschulen.
- (D) Unser Ziel ist es, dass noch mehr Jugendliche die Schule mit einem Abschluss verlassen. Schulabgängerinnen und Schulabgänger sollen nicht in Warteschleifen hängenbleiben, anstatt ein Studium zu beginnen oder mit einer Ausbildung in das Berufsleben zu starten. Deshalb haben wir die Jugendberufsagentur entwickelt und stellen jeweils 4 Millionen Euro für die Umsetzung der Ausbildungsgarantie in den Jahren 2016 und 2017 zur Verfügung.
- Unsere Gesellschaft braucht gut ausgebildete und selbstbewusste junge Frauen und Männer, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen und unsere Gesellschaft mitgestalten wollen. Mehr Kita-Plätze und Ganztagschulen sorgen dafür, dass Eltern bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit stellen wir im Jahr 2016 2 Millionen Euro und im Jahr 2017 5 Millionen Euro für ein Landesprogramm zur Förderung von 500 Langzeitarbeitslosen bereit, die viel zu oft gar keine Perspektive mehr hatten.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Damit stabilisieren wir auch die soziale Infrastruktur in den Stadtteilen und bremsen das Auseinanderdriften von reichen und armen Quartieren in Bremen. Um die wachsende soziale Stadt Bremen zukunftsfest zu machen, brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum für Alteingesessene genauso wie für Neubremserinnen und Neubremser. Deshalb wollen wir zu-

(A) sätzlich zum Senatswohnungsbauprogramm mit dem Sofortprogramm Wohnungsbau bis Ende 2017 weitere 2 000 Wohneinheiten schaffen. In den Jahren 2016 und 2017 stellen wir außerdem insgesamt 2,5 Millionen Euro für die Fertigstellung von zunächst 140 Wohneinheiten für studentisches Wohnen bereit. Kurzfristig sollen darüber hinaus noch 3 500 weitere Angebote in Wohnmodulbauten entstehen, die auch dazu dienen, dass Flüchtlinge aus Zelten und Turnhallen ausziehen können.

Eine wachsende Stadt braucht gute Verkehrskonzepte, um allen Bremerinnen und Bremern Mobilität zu ermöglichen. Der Flächennutzungsplan und der Verkehrsentwicklungsplan 2025 liefern wichtige Grundlagen dafür, wie in Bremen in Zukunft nachhaltig gebaut und Mobilität organisiert werden kann. Bremen kann nur dann als wachsende Stadt erfolgreich sein, wenn sie auch eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit guten Rahmenbedingungen hat. Im Bereich der Wirtschafts- und Hafenpolitik werden die zentralen strukturpolitischen Projekte wie das Offshore-Terminal Bremerhaven EcoMaT, die Erschließung von Gewerbegebieten, die weitere Entwicklung der Überseestadt und die Innovationsförderung umgesetzt.

Ein zentrales Moment einer demokratischen Gesellschaft ist, dass der Staat die Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger garantiert. Da eine wachsende Stadt auch wachsende Anforderungen an die Sicherheit hat, stehen für die Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen bei Polizei und Feuerwehr 2016 und 2017 rund 4,3 Millionen Euro zur Verfügung. 1 Million Euro sollen in die Erneuerung von Schutzausstattung, Waffen und Geräten der Spezialeinheiten der Polizei fließen.

(B) Der Senat hat im Januar ein mittelfristig ausgerichtetes Konzept zur Integration der Flüchtlinge beschlossen. Hierfür haben wir derzeit 20 Millionen Euro im Jahr 2016 und 30 Millionen Euro im Jahr 2017 eingeplant. Mit diesem ressortübergreifenden Integrationsbudget sollen Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Kindertagesbetreuung, Sprachförderung, Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt, Sicherheit, Ehrenamt, Gesundheit und Integration in die Quartiere finanziert werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in diesem Haushalt wenden wir das Instrument der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung an. Diese sorgt für eine größere Transparenz und Kontrolle bei allen Investitionen. Sie macht die Planung und die einzelnen finanzwirksamen Schritte nachvollziehbarer. Wenn Sie beispielsweise den Haushaltsplan des Bau- und Umweltsenators aufschlagen, finden Sie darin eine detaillierte Aufschlüsselung aller investiven Einnahmen und Ausgaben von 2013 bis zum Planwert 2020. Sie finden die Aufschlüsselung der Infrastrukturvermögen und Einzelmaßnahmen und die

Zinsausgaben bei Kapitaldienstfinanzierungen. Sie finden hier übrigens auch das Stadteilbudget, das der Senat nun erstmals in seiner Haushaltsaufstellung eingeplant hat.

(C)

Insgesamt planen wir für das Jahr 2016, 558 Millionen Euro zu investieren, davon etwa 93 Millionen Euro im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen. Für 2017 sind 544 Millionen Euro Investitionsausgaben insgesamt eingeplant, von denen voraussichtlich etwa 51 Millionen Euro auf Investitionen für Flüchtlinge entfallen.

Bestehende Gebäude und Straßen zu erhalten, soll dabei weiterhin Vorrang vor Neuem haben. Dabei investieren wir vor allem dort, wo mittel- und langfristig Kosten gesenkt werden können. Für den Substanzerhalt öffentlicher Gebäude stehen im Gebäudesanierungsprogramm 2016 rund 36 Millionen Euro bereit. Den Schwerpunkt bilden wie in den Vorjahren auch energetische Maßnahmen für den Klimaschutz und Sanierungsarbeiten an Schulen. Darüber hinaus investieren wir in Inklusion und Ganztagschulen, in Bäder und Sportstätten und in den Erhalt und den Ausbau der Radwege. Auch die Krankenhäuser im Land Bremen erhalten 2016/2017 knapp 36 Millionen Euro zur Finanzierung dringend benötigter Investitionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Haushalten 2016/2017 von Land und Stadtgemeinde Bremen beträgt der Anteil der konsumtiven Ausgaben fast 60 Prozent. Darin enthalten sind der riesige Block der Sozialleistungen und die Personalkostenzuschüsse an die ausgegliederten Einheiten sowie Zuweisungen an Bremerhaven. Etwa ein Viertel des Gesamthaushalts geben wir für unser Personal aus. Mit 1,3 Milliarden Euro spielen diese Ausgaben im Haushalt eine wichtige Rolle. Hinzu kommen noch weitere 580 Millionen Euro Personalkostenzuschüsse an Sonderhaushalte, Eigenbetriebe, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechtes, für die Angestellten bei KiTa Bremen, das Theater sowie für Polizei und Lehrer in Bremerhaven.

(D)

Der Balanceakt zwischen notwendigem Stellenabbau einerseits und dem Erhalt einer arbeitsfähigen öffentlichen Verwaltung, Polizei und Feuerwehr andererseits wird schwieriger. Deshalb bremsen wir den Personalabbau auf etwa 100 Vollzeitstellen pro Jahr. Das unterrichtende Personal, die Polizei und die Feuerwehr sind von der Personaleinsparverpflichtung ausgenommen. Auch die Steuerverwaltung haben wir jetzt vom Stellenabbau ausgenommen, damit mehr Betriebsprüfungen stattfinden können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir setzen mit diesem Haushalt aber auch inhaltliche Schwerpunkte im Personalbereich. Im Bereich Bildung bekommen die Schulen 120 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, weitere 80 bringen wir durch

- (A) Umorganisation an die Tafeln. Damit sowohl die Schulen als auch die Bildungsbehörde besser planen können, haben wir eine Landeszuweisungsrichtlinie aufgestellt. Darin wird transparent und fair festgelegt, nach welchen Parametern wie viele Lehrerinnen und Lehrer an welchen Bremer und Bremerhavener Schulen unterrichten sollen.
- Bei der Polizei haben wir die Beschäftigtenzielzahl um 70 Vollkräfte angehoben. Wir beziehen den demografischen Wandel in unsere Planungen ein und bilden in diesem Jahr 120 Polizistinnen und Polizisten aus.
- Die Beschäftigungszielzahl bei der Feuerwehr haben wir um knapp 63 Vollzeitstellen auf insgesamt 490 Vollzeitstellen erhöht.
- Bremens Verwaltung soll modern und bürgernah sein. Gleichzeitig muss der öffentliche Dienst angesichts des weiterhin notwendigen Personalabbaus und vor dem Hintergrund von Tarifsteigerungen seine Aufgaben effizient und ressourcenschonend erledigen können. Deshalb haben wir uns die Verwaltungsmodernisierung als Daueraufgabe auf die Fahnen geschrieben. Mit dem Modernisierungsprogramm „Zukunftsorientierte Verwaltung“ werden wir auch in der laufenden Legislaturperiode unsere Anstrengungen für eine moderne, digitale und bürgernahe Verwaltung über alle Ressorts hinweg intensivieren.
- (B) (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Insbesondere die Digitalisierung wird den Verwaltungsalltag weiter verändern. Ein Beispiel ist die Einführung der elektronischen Rechnung, E-Rechnung, oder der digitalen Akte, die die manuellen Arbeiten auf Papier ersetzen werden. Mit der Einführung des Online-Terminmanagements und weiter verbesserten Nutzungsmöglichkeiten des Bürgertelefons wollen wir das Stadtamt weiter entlasten. Schon jetzt leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bürgertelefons Enormes. Sie haben im Jahr 2015 circa 868 000 Anrufe beantwortet.
- Neben der Verwaltungsmodernisierung muss Bremen als Haushaltsnotlageland vor allem auch seine Einnahmen steigern. Entsprechend haben wir unser Kaswesen verbessert und damit im vergangenen Jahr 20 Millionen Euro erwirtschaftet, und das wird auch so weitergehen. Im Bereich der Steuern können und müssen wir auf kommunaler und auf Landesebene unsere Einnahmen steigern. Davon machen wir seit Jahren Gebrauch. Grunderwerbsteuer, City-Tax und Gewerbesteuer wurden erhöht. Im September 2015 hat die Stadtbürgerschaft die Anhebung des Grundsteuer-B-Hebesatzes und der Hundesteuer beschlossen. Wir rechnen mit Gesamteffekten in Höhe von 86 Millionen Euro für das Jahr 2016, die den Haushalt des Landes und der Kommunen entlasten und dem Stabilitätsrat dargelegt werden.
- Auch bei sorgfältiger Planung eines Haushaltes bleiben Risiken. So müssen wir mit der aktuellen Tarifvereinbarung für den TVöD umgehen, die unsere Tarifvorsorge im Haushalt übersteigt. Der Abschluss in Höhe von 2,4 Prozent für dieses und 2,35 Prozent für nächstes Jahr gilt für circa 4 000 Beschäftigte in den bremischen Betrieben und Einrichtungen und bedeutet in diesem Jahr 3,5 Millionen Euro Mehrkosten und im nächsten Jahr 8 Millionen Euro abzüglich der von uns getroffenen Vorsorge.
- Für die Sozialleistungsabgaben haben wir in beiden Jahren etwas über 1 Milliarde Euro eingestellt. Aufgrund der hohen Planungsunsicherheit bei den Flüchtlingszahlen haben wir 185 Millionen Euro und 160 Millionen Euro pauschal im Sozialleistungsbudget der Sozialsenatorin eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen, damit das Geld nur bei nachgewiesenem Bedarf abfließen kann.
- Ein weiteres Haushaltsrisiko sind niedrigere Zahlungen unserer Beteiligungsgesellschaften, in diesem Fall vor allem der BLG.
- Aber es gibt auch Anzeichen für positivere Entwicklungen als geplant. In diesen Minuten werden die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung bekannt werden. Ich habe vorab gehört, dass die Steuerschätzung für Bremen erneut gute Nachrichten bedeuten könnte. Genaueres berechnen wir in den kommenden Tagen, sodass die Ergebnisse so schnell wie möglich in die weitere Haushalts- und Finanzplanung einfließen können. Aber ehe sich jetzt alle schon Gedanken darüber machen, was man mit dem Geld machen könnte, bitte ich darum, zu berücksichtigen, dass wir in 2017 eine globale Minderausgabe eingestellt haben.
- Zu erwarten ist auch, dass der Bund für Länder und Kommunen weitere Kosten für flüchtlingsbedingte Mehrausgaben übernimmt. Dieses Geld kann nicht zusätzlich ausgegeben werden, sondern würde unsere eigenen Ausgaben für Flüchtlinge senken.
- Auch die haushaltslose Zeit hat Effekte. Wir müssen uns jetzt anstrengen, alle Mittel, die im Haushalt 2016 veranschlagt sind, in der verbleibenden Zeit des Haushalts auch tatsächlich sinnstiftend auszugeben.
- Obwohl wir heute über den Haushalt des Landes und der Stadt Bremen beraten, spielt auch die Kommune Bremerhaven eine wichtige Rolle, da die für den Sanierungspfad maßgeblichen strukturellen Defizite des Stadtstaates auch die Ergebnisse beider Kommunen, also auch des Einzelhaushaltes der Stadt Bremerhaven, umfassen. Eine Haushaltskonsolidierung des Landes Bremen kann nur im engen Schulterschluss mit der Stadt Bremerhaven gelingen. Der Senat wird bis Ende des Jahres 2016 das Finanzzuweisungsgesetz, den kommunalen Finanzausgleich, überarbeiten. Dabei wird sich der Senat wie auch in der Vergangenheit davon leiten lassen, dass das Land Bremerhaven mit seiner höheren Arbeitslosigkeit auch besonders unterstützt.
- (C) (D)
- (Beifall Abg. Frau Böschen [SPD])

(A) Frau Böschen, ja!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ergänzend zum Haushalt 2016 und 2017 legen wir Ihnen heute auch den Finanzplan 2015 bis 2020 vor. Im Gegensatz zur Haushaltsaufstellung betrachten wir darin auch die Gesamtsituation im Stadtstaat, also inklusive Bremerhaven. Dem Finanzplan können Sie die wesentlichen Richtwerte der Gestaltung zukünftiger Haushalte entnehmen. Für den Zeitraum 2015 bis 2020 kalkulieren wir mit steigenden Gesamteinnahmen der bremischen Haushalte von rund 650 Millionen Euro beziehungsweise einer Steigerung von durchschnittlich 130 Millionen Euro im Jahr. Gleichzeitig sollen die Primärausgaben in der Finanzplanperiode jahresdurchschnittlich um nur maximal 1,4 Prozent ansteigen. Das ist ein ehrgeiziges Vorhaben. Besonders deutlich wird das beim Vergleich mit den anderen Ländern und Kommunen, die mit einer Zuwachsrate von 3,2 Prozent planen.

Trotz ambitionierter Planungen gibt es in den Jahren ab 2018 auch ohne flüchtlingsbezogene Mehrausgaben jeweils eine rechnerische Überschreitung des einzuhaltenden strukturellen Defizits. Bislang beläuft sich diese Überschreitung rechnerisch im Jahr 2018 auf 18 Millionen Euro und im Jahr 2019 auf 39 Millionen Euro. Diese Überschreitungen sind bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben auszugleichen. Auch bei erfolgreicher Konsolidierung wird Bremens Schuldenberg jedenfalls bis 2020 weiter anwachsen: gegenüber 2015 um weitere knapp 1,4 Milliarden Euro auf 22,8 Milliarden Euro im Jahr 2020.

(B)

Für die Zukunft Bremens spielt die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eine wichtige Rolle, zumal der derzeitige Finanzausgleich 2019 ausläuft. Die Länder haben sich untereinander im vergangenen Dezember auf eine gemeinsame Haltung geeinigt. Mit den über 400 Millionen Euro, die die Einigung für Bremen bedeuten würde, hätten wir eine gute Perspektive. Nun liegt der Ball beim Bund. Möglicherweise bekommen wir eine Klärung noch vor der Sommerpause. Das wäre schön.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Haushalte für die Jahre 2016 und 2017 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen folgen dem Ziel, nachhaltig, sozial und generationengerecht mit der knappen Ressource Geld zu wirtschaften. Dass die Bedingungen dafür nicht einfacher geworden sind, habe ich Ihnen dargelegt. Aber es gibt keinen anderen Ausweg aus der Schulden- und Zinsspirale. Deshalb strengen wir uns weiter an und gehen diese Aufgabe mit dem größtmöglichen Augenmaß an. Denn nur, wenn die anderen Länder und der Bund sehen können, dass wir bei der Konsolidierung nicht lockerlassen, sind sie auch weiterhin bereit, uns zu unterstützen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wer auf Solidarität setzt, muss auch einen Eigenbeitrag leisten. Fünfmal in Folge ist es uns gelungen, die Vereinbarung einzuhalten und jeweils mit 300 Millionen Euro unterstützt zu werden. Mit den Haushaltsentwürfen, die wir Ihnen heute zur Beratung vorlegen, soll es uns auch ein sechstes und siebtes Mal gelingen.

(C)

Sie, meine verehrten Damen und Herren, werden nun darüber beraten, ob der Senat Ihnen einen Haushalt vorlegt, der unter den gegebenen Bedingungen sparsam wirtschaftet, die richtigen politischen Schwerpunkte setzt, die gesetzlichen Vorgaben einhält und – das ist fast das Wichtigste – die immerhin über 4 Milliarden Euro sinnvoll und mit dem größtmöglichen Nutzen für Bremen, für ein soziales und zukunftsfähiges Bremen, ausgibt. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war eine nationale Kraftanstrengung, und es hat eine hohe nationale Bedeutung, dass sich der Bund und am Ende 16 Länder im Jahr 2010 auf einen Generationenvertrag verständigt haben. Dieser Generationenvertrag heißt: Anders als unter welcher Regierung in der Vergangenheit auch immer und anders auch als die Praxis in egal wie regierten und wie erfolgreichen Ländern wollen wir gesamtstaatlich ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen. Anders als die eine oder andere Stimme auch hier aus der Mitte des Parlaments erkläre ich für die CDU vorab: Wir halten an diesem Ziel fest. Für uns ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weder im Bund noch in Bremen verhandelbar. Sie bleibt das oberste Ziel unserer Politik!

(D)

(Beifall CDU)

Unser damaliger Bürgermeister hat für Bremen erfolgreich verhandelt, und wir haben das hier im Parlament diskutiert. Jens Böhrnsen hat diesem gefundenen Kompromiss am Ende mit der damaligen rot-grünen Regierung, aber auch mit Zustimmung der CDU gesamtstaatlich im Bundesrat die Zustimmung erteilt, und wir haben uns im Land darauf verständigt, dass wir diesen Weg für uns selbst akzeptieren und einhalten wollen. Ich habe deswegen kein Verständnis dafür, dass in den letzten Tagen die neu gewählte SPD-Landesvorsitzende, die Finanzsenatorin oder auch der Bürgermeister selbst diese damals gefundene historische Einigung durch Diffamierungen und durch entgegengesetztes Handeln diskreditieren. Sie verraten den damals gefundenen Kompromiss, Herr Bürgermeister!

(Lebhafter Beifall CDU)

(A) Anders als Sie, Frau Senatorin Linnert, es eben gesagt haben, sage ich: Wenn man auf die gesamte Zeit dieser rot-grünen Regierung seit 2008 und insbesondere auf die Jahre seit 2010 blickt, ist es meines Erachtens so, dass das von Ihnen auch heute wieder vorgetragene Mantra „Wir wollen uns an diesen Vertrag halten!“ nichts weiter als ein reines Lippenbekenntnis ist, um auch in Zukunft in jedem Jahr an die 300 Millionen Euro des Bundes heranzukommen. In Wahrheit haben Sie sich innerlich vom Konsolidierungskurs unseres Bundeslandes schon lange verabschiedet und die Vorgaben schon lange nicht mehr eingehalten.

(Beifall CDU)

Es gibt Indizien dafür. Der neu gewählte Bürgermeister hat in seinem ersten bundesweiten medialen Auftritt morgens öffentlich darüber fabuliert, dass die schwarze Null sozusagen nicht das höchste Ziel staatlichen Handelns ist. In der Folgezeit ist dieses Ziel dann auch in der SPD infrage gestellt worden, als wir uns mühsam auf eine Änderung der Landesverfassung geeinigt und sehr lange gebraucht haben, um das Neuverschuldungsverbot des Grundgesetzes in unsere eigene Landesverfassung zu transportieren. In diesen Tagen wird deutlich und auch aus den Finanzplanungsunterlagen der letzten Monate war schon absehbar, dass Sie selbst, Frau Senatorin, nicht mehr damit rechnen, diese Konsolidierung in den Jahren 2018 und 2019 ohne Flüchtlingsmehrkosten zu schaffen. Das alles zeigt mir, dass Sie selbst gar nicht mehr daran glauben, geschweige denn, daran mitwirken wollen, dass unser Bundesland diesen Konsolidierungskurs auch weiter stringent verfolgt und einhält.

(B)

(Beifall CDU)

Deswegen waren wir gespannt auf das, was Sie als Haushalt vorlegen. Wir waren sogar bereit, ein sehr ehrgeiziges parlamentarisches Verfahren zu wählen, weil wir die Hoffnung hatten, dass Sie die dadurch gewonnene Zeit nutzen, um am Ende tatsächlich den Nachweis eines verfassungskonformen Haushalts vorzulegen. Das, was Sie uns heute präsentieren, verstößt gegen die in unserer Landesverfassung und im Grundgesetz verankerten Kreditobergrenzen.

(Bürgermeisterin Linnert: Nein, das tut es nicht!)

Es verstößt gegen die Kreditobergrenze! – Das sagt im Übrigen nicht nur die Zahl, sondern das sagt auch das Gutachten, das Sie Anfang der Woche öffentlich vorgestellt haben. Sie verletzen die Kreditobergrenze. Wir streiten darüber, ob es dafür eine staatliche Rechtfertigung und ein Verfahren zur Anerkennung einer Rechtfertigung gibt. Aber der Haushalt, den Sie heute vorlegen, meine Damen und Herren, verrät die in der Konsolidierungsvereinbarung und in dem Konsolidie-

rungsgesetz enthaltene und in unsere Landesverfassung übernommene und im Grundgesetz enthaltene Verpflichtung, Bremens Kreditobergrenzen einzuhalten. Wir finden, dass das ein fatales Signal an den bundesstaatlichen Föderalismus, ein fatales Signal an die Solidarität mit dem Bund und den anderen Ländern ist. Es ist der Verrat an dem gefundenen Sanierungskompromiss, den wir für unsere öffentlichen Haushalte aufgestellt haben.

(C)

(Beifall CDU)

Man könnte es ja sarkastisch sehen und sagen: Na ja, so richtig hat es ja niemanden im Bund und in den anderen Ländern überrascht, dass ausgerechnet Bremen als erstes Bundesland sagt: Wir schaffen das nicht! Dass unsere Haushaltspolitik über die vielen Monate und Jahre argwöhnisch beäugt wird, wissen wir schon. Aber ausgerechnet das Land Bremen, das schon in besonderer Weise die Solidarität des Bundes bei der Haushaltskonsolidierung erfahren hat und noch bis 2019 erfahren wird, das dringend darauf angewiesen ist, dass es zu einer Verständigung in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen kommt, und das am lautesten quakt, wenn es darum geht, aus dem Bund noch einen Euro zusätzlich zu bekommen, sagt als erstes und einziges Land schon jetzt in einer Situation, in der alle das gleiche Problem haben, in der es Mehrkosten im Bund gibt, in der es in jedem Land Mehrkosten gibt, in der es in jeder Kommune Mehrkosten gibt: Liebe Leute, wir schaffen das nicht! Das wirft ein schreckliches Licht auf die Finanzpolitik unseres Bundeslandes und seiner Finanzsenatorin!

(D)

(Beifall CDU)

Wer das Gutachten von Herrn Koriath auch nur auszugsweise liest und zitiert wie Sie, Frau Senatorin, den darf das ehrlicherweise nicht überraschen. Es heißt in dem Gutachten auf Seite 14, dass im Grundsatz ein Ausnahmefall dann der Fall sein soll – jetzt kommt ein Zitat –, „wenn entsprechend der Regelung in Artikel 109 Absatz 3 Satz 2 GG die besondere Ausnahmesituation auf einer Naturkatastrophe oder außergewöhnlichen Notsituation, die sich der Kontrolle des jeweiligen Landes entzieht, beruht.“

Eine Naturkatastrophe – da sind wir uns, glaube ich, einig – liegt bei Flüchtlingen nicht vor. Oder wollen Sie die Karte auch ziehen?

(Bürgermeisterin Linnert: Von uns hat das nie jemand erzählt!)

Gut, in Ordnung! Jetzt kann man mit dem Gutachter der Auffassung sein – ich will darüber gar nicht streiten –, dass die starke Zunahme von Flüchtlingsbewegungen insbesondere im letzten Jahr die Annahme einer „außergewöhnlichen Notsituation“ zunächst rechtfertigen könnte. Aber das, was Herr Ko-

(A) rioth dann weiter sagt, Frau Linnert, verschweigen Sie dem Parlament schon.

(Bürgermeisterin Linnert: Das Gutachten haben doch alle!)

Es heißt dann in dem Gutachten auf Seite 18 zur Frage, unter welchen Voraussetzungen denn diese außergewöhnliche Situation zu einer Befreiung von den Kreditobergrenzenverpflichtungen führen kann:

„Die Darlegungs- und Begründungslast ist hoch, weil eine Ausnahme in Anspruch genommen werden soll. Das bedeutet: Bremen muss die Mehrkosten durch die Aufnahme von Flüchtlingen nachvollziehbar dokumentieren. Wie Ausgaben für zusätzliche Aufwendungen ermittelt und abgegrenzt werden können, beschreibt der Deutsche Städtetag in seinem Gemeindefinanzbericht: „Die Ausgaben werden unterschieden in erstens die direkten Kosten im Zusammenhang mit der Unterkunft und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge für die Dauer des Asylverfahrens. Zweitens sind die Integrationskosten zu betrachten. Drittens sind die Kosten für den allgemeinen Bevölkerungszuwachs sowie die Abfederung von Belastungen sozial schwacher Gruppen zu quantifizieren, die sich zum Beispiel am Wohnungs- oder Arbeitsmarkt ergeben können.“

(B) Meine Damen und Herren, ich frage Sie jetzt: Haben Sie den Eindruck, dass das, was Ihnen der Senat heute vorlegt, diesen Konkretisierungsgrad und diese Begründungstiefe hat, die Herr Koriouth erwartet? Er hat mitnichten gesagt, dass diese konkrete Haushaltsplanung diesen Anforderungen entspricht. Er hat die Anforderungen beschrieben, und ich sage Ihnen: Dann einmal eben schlank hineinzuschreiben, dass wir 180 Millionen Euro mehr für Sozialhilfekosten brauchen, genügt nach Auffassung der CDU diesen Ansprüchen eben gerade nicht.

(Beifall CDU)

Frau Senatorin, Sie können nur die Mehrkosten geltend machen, die Sie auch konkret nachweisen.

(Bürgermeisterin Linnert: Ach was!)

Nur die, die Sie konkret nachweisen, und nicht einmal eben 180 Millionen Euro pauschal hier und 60 Millionen Euro einmal pauschal da! Deshalb genügt der von Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf den Anforderungen des Gutachtens von Herrn Koriouth nicht. Ich sage Ihnen: Wenn es Ihnen nicht gelingt, diese notwendige Konkretisierung bis zur zweiten Lesung herbeizuführen, beschließen Sie im Parlament einen verfassungswidrigen Haushalt! Daran wird sich die CDU-Fraktion nicht beteiligen!

(Beifall CDU)

Ich glaube, dass der Haushalt in der vorliegenden Fassung gar nicht beratungsfähig ist. Wir kommen Sie eigentlich auf 180 Millionen Euro Mehrkosten? Das wird in der Vorlage an keiner Stelle erklärt. Ich habe gelernt, dass Sie rechnen: pro Flüchtling 1 000 Euro pro Monat. Deswegen beschwerten Sie sich ja auch, dass der Bund nur 670 Euro für die Verfahrensdauer bezahlt. Bei 1 000 Euro monatlich macht das 12 000 Euro im Jahr. Jetzt zahlt der Bund aber seit dem 1. Januar dieses Jahres 670 Euro für jeden Flüchtling, der im Verfahren ist. Das heißt, von den 1 000 Euro fallen bei Ihnen nur 330 Euro an. Das macht, multipliziert mit zwölf, 4 000 Euro im Jahr. Wenn Sie 180 Millionen Euro Mehrkosten geltend machen, Frau Senatorin Linnert, und das durch 4 000 Euro pro Flüchtling pro Jahr rechnen, dann müssten in diesem Jahr über 45 000 Flüchtlinge in Bremen Sozialleistungen bekommen.

Daran sieht man doch schon, dass diese Rechnung nicht stimmen kann. Die von Ihnen auch als Pauschale bezeichneten 180 Millionen Euro sind weder seriös berechnet noch fundiert begründet, geschweige denn erfüllen sie die Ausnahmetatbestände, die Herr Koriouth aufgestellt hat. Sie sind schlicht und ergreifend nichts als ein „dicker Daumen“, und wir beschließen hier im Parlament Haushalte und keine „dicken Daumen“ von Finanzsenatoren.

(Beifall CDU)

Dazu kommt, dass wir zugebenermaßen gar nicht wissen, wie sich die Flüchtlingszahlen in diesem Jahr entwickeln. Ich habe heute Morgen, weil ich Zahlen des Bundes gesehen habe, noch einmal nachfragen lassen, wie sich eigentlich die Zahlen in Bremen entwickelt haben. Im ersten Quartal dieses Jahres haben in Bremen nur noch 1 600 Menschen Aufnahme als Flüchtling gesucht, wobei man sagen muss, dass die meisten im Januar kamen. Danach war die Balkanroute dicht, und danach greift das EU-Türkei-Abkommen. Es kann sein, dass der Flüchtlingszustrom nach Europa, wenn das Mittelmeer wieder schiffbar wird, wieder größer wird und wir uns an der solidarischen Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge beteiligen müssen. Aber ich will damit sagen: Sie können doch heute noch gar nicht verlässlich sagen und schon gar nicht mit den Maßstäben, die einen Verfassungsverstoß rechtfertigen würden, mit wie viel Flüchtlingen und Flüchtlingsmehrkosten Sie in diesem Jahr tatsächlich rechnen!

Sie können auch gar nicht sagen, in welcher Höhe sich der Bund über das hinaus, was er bislang zugesagt hat, an diesen Kosten zu beteiligen bereit ist, weil dazu gerade eine Arbeitsgruppe der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bund verhandelt. Das heißt, es gibt noch nicht einmal einen „dicken Daumen“, wie viel Geld wir in diesem Jahr nach diesen Anforderungen zusätzlich für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aufwenden werden. Deswegen

(C)

(D)

(A) finde ich es unseriös, eine solche Zahl in die Haushaltsberatungen einzuführen. Sie muss falsch sein, sie wird falsch sein, und deswegen sollten wir sie im Parlament auch nicht beschließen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die CDU-Fraktion wird beantragen und wirbt schon heute dafür, dass wir in Anbetracht dieser von Ihnen angenommenen außergewöhnlichen Notsituation keinen Doppelhaushalt aufstellen. Denn wenn wir das schon für dieses Jahr nicht absehen können, wie wollen Sie denn das für nächstes Jahr prognostizieren? Wir werben dafür, dass wir bei dem Haushaltsaufstellungsverfahren, sofern Sie nicht in der Lage sind, das bis Juni auch entsprechend haushaltsstellengerecht zu beziffern, den Haushalt ohne die Flüchtlingsmehrkosten beschließen und wie alle anderen Länder auch schauen, wie die Entwicklung in diesem Jahr ist, und die notwendigen finanziellen Mittel dann im weiteren Haushaltsvollzug und/oder durch ein Nachtragshaushaltsverfahren zur Verfügung stellen. 15 andere Länder machen das so. Es gibt keine Begründung für einen Bremer Sonderweg. Wir als CDU-Fraktion werden dazu unsere Hand nicht reichen.

(Beifall CDU)

(B) Im Übrigen kann ich diese Larmoyanz gegenüber dem Bund nicht verstehen. Ich weiß ja, was „Parteitags-sprech“ ist. Da kann man auch einmal über das Ziel hinausschießen. Deshalb will ich jetzt zu schwarzen Nullen und roten Nullen an dieser Stelle gar nichts sagen, obwohl ich eine Priorität habe. Das sage ich auch ganz ehrlich. Wer sich aber die Strukturdaten des Haushalts vornimmt, sie sich anschaut und die Grundrechenarten beherrscht, kommt zu einem ganz anderen Ergebnis: Von den 4,4 Milliarden Euro Einnahmen, Frau Senatorin, die Sie für dieses Jahr zu erwirtschaften beabsichtigen – vorbehaltlich der neuen Steuerschätzung –, stammen allein 800 Millionen Euro unmittelbar vom Bund. Jeden fünften Euro, den wir hier in unserem Bundesland ausgeben, erwirtschaften wir nicht selbst, sondern bekommen ihn vom Bund: 270 Millionen Euro Bundesergänzungszuweisung, 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfe, 10 Millionen Euro Finanzhilfe für Seehäfen, 14,1 Millionen Euro Kommunalentlastung durch Koalitionsvertrag, 9,7 Millionen Euro Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, 97,5 Millionen Euro Bundesleistung für Grund-sicherung im Alter, 26,7 Millionen Euro Bundesmittel im Hochschulpakt, 17,1 Millionen Euro BAföG-Mittel, 6,9 Millionen Euro Betriebskostenzuschuss Kita-Ausbau, 11,1 Millionen Euro Entflechtungsgesetz, 1,4 Millionen Euro Versteigerungserlöse Mobilfrequenzen! Das von Ihnen abgelehnte Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz bringt uns im Jahr 2016 auch noch einmal 29 Millionen Euro!

Meine Damen und Herren, das macht zusammen 802,3 Millionen Euro, die der Bund im Jahr 2016 dem Bundesland Bremen aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellen wird. In Anbetracht solcher Zahlen ist

es nicht angezeigt, mit dem Finger immer nur auf den Bund zu zeigen, sondern man muss sich auch einmal überlegen, welche Anstrengungen man selbst un-
(C) ternehmen hat, um die eigenen Einnahmen zu sichern.

(Beifall CDU)

Wir sind dafür, mit dem Bund darüber zu verhandeln, dass er zusätzliches Geld für die Flüchtlinge zur Verfügung stellt.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schon einmal etwas!)

Verstehen Sie uns nicht falsch! Auch für die CDU – wir sind ehrbare Kaufleute – gilt: Das meiste zählt! Aber das meiste erreicht man nicht, indem man erst einmal seinen Vertragspartner beschimpft und beleidigt. Das meiste erreicht man dann, wenn man Vertrauen stärkt und sich an Verabredungen hält. Aber genau das Gegenteil machen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Frau Senatorin, Sie messen Ihren alleinigen Erfolg ausschließlich an der Tatsache, dass es Ihnen gelingt, jedes Jahr vom Bund 300 Millionen Euro zu bekommen.

(Bürgermeisterin Linnert: Alleine das nicht, aber es ist schon wichtig, ja!)

Das ist für Sie immer so das Argument: Solange wir das kriegen, ist ja alles „tutti frutti“. – Es gehört schon etwas dazu, dem Parlament nicht zu sagen, was der Stabilitätsrat eigentlich zum Sanierungsbericht Bremens beschlossen hat. Ich will das einmal aus der Sitzung des Stabilitätsrats vom 9. Dezember 2015 zitieren. Dabei geht es nur um Bremen. Da heißt es unter „Bewertung des aktualisierten Sanierungsprogramms“:

„Entscheidend trägt hierzu mit einem erwarteten Entlastungsvolumen von rund 27 Millionen Euro die ab 2016 wirksame Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes der Stadt Bremen bei.“

Eigenanstrengung durch Steuererhöhung!

„Weitere neue beziehungsweise neu quantifizierte Sanierungsmaßnahmen sind die Implementierung eines systematischen Forderungsmanagements im Rahmen des Programms ‚Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung‘ (5,3 Millionen Euro) und die verzögerte Übertragung des Tarifabschlusses 2015/2016 auf den Beamtenbereich (6,8 Millionen Euro). Bremen weist zudem auf weitere in der Koalitionsvereinbarung angekündigte Sanierungsmaßnahmen hin, die allerdings“ – jetzt kommt es! – „noch nicht konkretisiert und quantifiziert sind.“

(D)

(A) Es heißt weiter:

„Von den 33 Projekten des Programms zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung sind im Bericht weiterhin nur für wenige Projekte finanzielle Auswirkungen quantifiziert und als dauerhaft eingestuft. Das für 2016 ausgewiesene Gesamtentlastungsvolumen beträgt 10,5 Millionen Euro. Es zeichnet sich ab, dass nennenswerte (Netto-)Entlastungen durch weitere Projekte frühestens mittelfristig zu erwarten sind. Zu beachten ist, dass eine Reihe von Projekten keine zusätzlichen Entlastungswirkungen generieren dürften, sondern der Umsetzung bereits vereinbarter Sanierungsmaßnahmen (Personaleinsparungen, globale Reduzierung der konsumtiven Ausgaben) dienen. . . . Die zusätzlichen Entlastungen seit Herbst 2013 werden jedoch überwiegend auf der Einnahmenseite erzielt. Die auf der Ausgabenseite ausgewiesenen Sanierungsbeiträge sind hingegen insgesamt zurückgegangen, vor allem weil die bei den Personalausgaben und den Sozialausgaben ausgewiesenen Entlastungswirkungen weit hinter den damaligen Planungen zurückbleiben.“

Meine Damen und Herren, der Bund stellt dem Senat eben keinen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk aus, sondern er hebt den Zeigefinger und sagt ziemlich deutlich: Das, was ihr bisher vorgelegt habt, reicht hinten und vorne nicht, um auf der Ausgabenseite euren Haushalt zu sanieren. Strengt euch an und legt endlich etwas Neues vor!

(B) Es ist völlig unverständlich, wie Sie dann durch das Land laufen und sagen können: Alles „tutti frutti“, wir kriegen die 300 Millionen und in den nächsten Jahre auch! Es ist, offen gesagt, ein öffentliches Betrugsmanöver,

(Glocke)

und das wird von der CDU-Fraktion als solches an dieser Stelle entsprechend zurückgewiesen!

(Beifall CDU)

Präsident Weber: Herr Kollege, betrügen tun wir hier nicht!

Abg. Röwekamp (CDU): In Ordnung! Es ist ein versuchtes Betrugsmanöver. Wir haben es ja entdeckt, und deswegen sind der Tatbestand und der Erfolg nicht eingetreten.

(Bürgermeisterin Linnert: Das sind die Leute mit dem Kanzlerbrief! Alles klar!)

Wenn Sie mit Herrn Dr. Sieling sprechen wollen, können Sie es gern tun. Der Empfänger des Kanzlerbriefs ist Bürgermeister Scherf, wenn ich mich richtig erinnere, Frau Linnert! Das will ich an der Stelle auch einmal sagen: Es ist erstaunlich, mit welcher Respekt-

losigkeit Sie sich als SPD aus der Regierungsverantwortung in der gemeinsamen Zeit mit der CDU ziehen und so tun, als ob es sie nie gegeben habe. Selbstverständlich stehen Sie auch für diese Zeit in der Verantwortung, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Sieling! Sie waren auch Parlamentarier.

(C)

(Beifall CDU – Zurufe)

Ob Ihnen das gefallen hat, ist ehrlicherweise wurscht! Mich fragt auch keiner, ob es mir mit Ihnen gefallen hat!

(Heiterkeit CDU)

Meine Damen und Herren, zurück zu den Fakten! Wenn man über die Sanierung des Haushalts redet und der Bund einem attestiert, dass das, was man bisher geleistet und vorgelegt hat, nicht reicht, dann muss man sich vielleicht einmal die lange Linie Ihrer langjährigen Finanzverantwortung für Bremen anschauen. Frau Linnert, was hat sich seit dem Jahr 2008 – das ist das erste Jahr, für das Sie vollständige Haushaltssouveränität und Verantwortung auch als Person in Anspruch genommen haben – bis zum Abschluss dieses Doppelhaushalts, den Sie für 2016/2017 beabsichtigen, eigentlich getan?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Keine Fehlinvestitionen für Markthallen und so weiter!)

(D)

Die Schulden haben sich von 14,2 Milliarden Euro – Stand 2007 – auf 20,7 Milliarden Euro erhöht. 6,5 Milliarden Euro neue Schulden haben Sie in Ihrer Regierungsverantwortung zu verantworten, Frau Linnert! Jeder vierte Euro Schulden, den Bremen hat, trägt Ihre persönliche Unterschrift. Wie Sie sich dann hier vorn hinstellen und sagen können: „Wir haben die Verschuldenspolitik gestoppt!“, das kann man nicht erklären. Es entspricht in keinem Fall der Wirklichkeit. Noch nie hat eine Finanzsenatorin oder ein Finanzsenator in Bremen in so kurzer Zeit so viel Schulden aufgehäuft wie Sie. Sie sind das Problem der Neuverschuldung und nicht die Lösung.

(Beifall CDU)

Wenn man sich anschaut, wie es in dieser langen Linie dazu gekommen ist, muss man sagen: Das von Ihnen vertretene Mantra, wir hätten zu wenig Einnahmen und eigentlich nur ein Problem auf der Einnahmeseite, stimmt hinten und vorne nicht. Die Einnahmen haben sich von 2008 bis voraussichtlich 2017 um 31 Prozent erhöht, und zwar – das sage ich ehrlicherweise dazu, damit Sie das nicht als Kompliment empfinden – nicht so sehr durch Anstrengungen des Landes, sondern insbesondere deshalb, weil die vom Land nicht beeinflussten Steuereinnahmen, Länderfinanz-

- (A) ausgleichseinnahmen und die Einnahmen aus den Bundesergänzungszuweisungen so gestiegen sind. Aber immerhin! Sie werden im Jahr 2017 31 Prozent mehr Geld zur Verfügung haben als noch im Jahr 2008. Was machen Sie eigentlich mit dem Geld?
- Schaut man sich auf dieser Linie an, was mit den Personalkosten passiert ist, muss man sagen, dass sie nur um 26 Prozent gestiegen sind. Schaut man sich an, was auf dieser langen Linie mit den Investitionsausgaben geschehen ist, muss man sagen, dass sie dramatisch gesenkt worden sind. Schaut man sich an, was auf dieser langen Linie mit den Zinsausgaben passiert ist, muss man sagen, dass sie stabil gehalten worden sind, weil wir ein historisch niedriges Zinsniveau haben. Wo haben Sie denn das ganze Geld gelassen? Ich kann es Ihnen sagen. Die Ausgaben für Sozialleistungen und sonstige konsumtive Ausgaben, also all das, was wir auch an Dritte zahlen, haben im gleichen Zeitraum um 52 Prozent zugenommen. Wer diese Zahlen sieht, kann doch nicht behaupten, Bremen habe ein Problem auf der Einnahmeseite oder habe ein Problem mit den Personalkosten. Bremen hat ein Problem, weil wir enorm hohe Sozialleistungsausgaben haben, und Bremen hat ein Problem, weil wir enorm hohe Leistungen als Zuwendungen an Dritte zahlen. Das ist das Kernproblem auf der Ausgabenseite unseres Haushalts.
- (Beifall CDU)
- (B) Deswegen sage ich: Ja, es stimmt – Sie haben es eben auch wieder gesagt, und es ist keine neue Botschaft –: Bremen hat ein Problem mit dem Geld. Aber ehrlicherweise, Frau Senatorin, hat Bremen viele Probleme, die sich entgegen Ihrer Annahme auch mit Geld allein gar nicht lösen lassen. Die sozialen Verwerfungen in unserer Stadt und in Bremerhaven, in unserem Land insgesamt, lassen sich doch nicht mit mehr Geld bekämpfen, sondern Sie müssen endlich zu Strukturveränderungen kommen. Wir wollen die Armut doch nicht nur alimentieren, sondern wir wollen die Armut eliminieren, und dafür muss man mehr machen, als einfach nur Geld zur Verfügung zu stellen.
- (Beifall CDU)
- Stichwort „lange Linie“! Was hat sich eigentlich in dem Zeitraum 2008 bis 2015 wirtschaftlich in unserem Bundesland getan? Wir haben in diesem Zeitraum in Bremen ein Wachstum von 2,9 Prozent generiert. Von 2008 bis 2015! Deutschland insgesamt hat im gleichen Zeitraum ein Wirtschaftswachstum von 7,1 Prozent generiert. Es kann doch nicht die Schuld des Bundes und der anderen Länder sein, dass die wirtschaftliche Prosperität in Bremen und Bremerhaven weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleibt, zumal wir besondere Wachstumsraten haben müssten, weil wir ein wirtschaftsstarkes Land sind. Sie haben in der Wirtschaftspolitik die Weichen falsch gestellt. Sie haben Polemik verbreitet, statt richtige Politik zu betreiben. Sie haben Unternehmen beschimpft, statt sie anzusiedeln. Sie haben nicht Arbeitsplätze durch Investitionsanreize geschaffen, sondern Sie haben Arbeitsplätze gefährdet und für Abwanderung von Betrieben in das Umland gesorgt.
- (C)
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Was für ein Quatsch!)
- Das ist das Ergebnis Ihrer Politik! Wer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes nicht stabilisiert, darf sich über sinkende Einnahmen nicht beschweren.
- (Beifall CDU)
- Deswegen sage ich ganz bewusst: Wir brauchen dringend neue und bedarfsgerechte Gewerbegebiete. Dass sich die Firma Siemens nicht in Bremerhaven angesiedelt hat, sondern nach Cuxhaven gegangen ist, hängt doch ausschließlich und allein damit zusammen, dass die Ansiedlung durch die politisch verantwortete Verzögerung des Offshore-Terminals Bremerhaven eben nicht rechtzeitig erfolgen konnte. Wer baut, will auch verladen können, und wenn der Hafen nicht fertig ist und keine Aussicht besteht, dass der Hafen kommt, dann entscheidet sich dieses Unternehmen eben für einen anderen Standort. Wenn die Firma Coca-Cola in Bremen-Hemelingen dichtmacht und dann in Arsten eröffnet –
- (D)
- (Zuruf: In Achim!)
- in Achim! –, kann man doch nicht sagen, dass das Zufall ist. Es muss doch das Anliegen eines bremischen Senats und eines bremischen Wirtschaftssenators sein, die Unternehmen in Bremen zu halten, sie in Bremen anzusiedeln, hier überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zu erzeugen und im Vergleich mit dem Bund und den anderen Ländern nicht unterdurchschnittlich abzuschneiden.
- (Beifall CDU)
- Ich habe die Sozialdemokratische Partei Deutschlands immer als Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahrgenommen. Sie haben viel für die Menschen getan – auch in unserer gemeinsamen Koalition jetzt in Berlin –, die Arbeit haben. Mindestlohn, Leiharbeit! Es ist viel getan worden, was die Arbeitsbedingungen betrifft. Es ist eine Menge getan worden. Fragen Sie sich eigentlich einmal, was Sie in Bremen für die Menschen getan haben, die keine Arbeit haben? Was nützen der Mindestlohn und die Einschränkung von Leiharbeit dem Arbeitslosen? Sie müssen doch nicht nur die Partei derjenigen sein, die Arbeit haben, sondern Sie müssen auch die Interessen derjenigen wahrnehmen, die Arbeit suchen. Was haben Sie für diese Menschen eigentlich getan?

(A) Auch da wieder die „lange Linie“: Im Jahr 2008 waren in Bremen im Jahresdurchschnitt 36 841 Menschen ohne Arbeit. Im Jahr 2015 waren in Bremen im Jahresdurchschnitt 37 355 Menschen arbeitslos. Das heißt, die Arbeitslosenzahl ist absolut um 1,4 Prozent gestiegen. Heute, nach neun Jahren rot-grüner Regierung, sind mehr Menschen arbeitslos als zu Beginn Ihrer Amtszeit.

Auch da gilt: Der Finger Richtung Bund hilft nicht. Im Jahr 2008 gab es bundesweit durchschnittlich 3,27 Millionen Arbeitslose, im Jahr 2015 sind es durchschnittlich 2,8 Millionen Arbeitslose. Das heißt, während im Bund, in allen anderen Ländern, die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt absolut um 14,5 Prozent gesunken ist, ist sie in Bremen um 1,4 Prozent gestiegen. Da können Sie doch den Menschen draußen im Land nicht sagen: Wir haben alles getan, um euch in Arbeit und in Lohn und Brot zu bringen und aus der sozialen Leistungsschere zu befreien.

Sie haben für diese Menschen im Ergebnis nichts getan, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben strukturell immer noch eine überproportionale Arbeitslosigkeit. Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer. Wir haben den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen. Wir haben den höchsten Anteil der verfestigten Arbeitslosigkeit. Für diese Menschen haben Sie neun Jahre lang nichts erreicht! Wer für diese Menschen nichts erreicht, muss sich hinterher nicht wundern, dass der Staat notleidend wird.

(B)

(Beifall CDU)

Was haben Sie für junge Menschen getan? Aus dem neuesten Armutsbericht der 2. Bremer Armutskonferenz will ich Ihnen ein Zitat vorhalten. Da heißt es: „Im Land Bremen haben 7 000 junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren keinen Berufsabschluss, keine Ausbildungsstelle und sind auch nicht in anderen Bildungsgängen untergekommen. In der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren sind 16 000 Bremerinnen und Bremer ohne Berufsabschluss.“

Ich frage Sie: Was haben Sie nach neun Jahren Regierungsverantwortung zu dieser Bilanz zu sagen? Wir wissen doch, dass die verfestigte Dauerarbeitslosigkeit ohne Schulabschluss und ohne qualifizierten Berufsabschluss nicht nur droht, sondern höchstwahrscheinlich ist. Sie haben nichts getan, um gegenzusteuern. Wer diese strukturellen Probleme unseres Landes, die nicht mit Geld zu bekämpfen sind, sondern denen nur mit politischen Konzepten begegnet werden kann, nicht anzupacken bereit ist, der handelt als Regierung verantwortungslos.

(Beifall CDU)

Es gibt viele gute Gründe, den vorliegenden Haushaltsentwurf abzulehnen, und das werden wir als CDU-Fraktion schon in der ersten Lesung tun.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: (C)
Alles andere hätte uns gewundert!)

Es besteht die leise Hoffnung, dass Sie die Mängel an dem Entwurf dieses Haushaltes bis zur zweiten Lesung beseitigen. Ich glaube es nicht. Als Sie den Menschen nach dem historisch schlechten Wahlergebnis von vor einem Jahr versprochen haben, dass es so wie bisher nicht weitergeht und dass Sie einen Aufbruch organisieren wollen, haben die Menschen wieder Hoffnung geschöpft. Das, was Sie jetzt in Zahlen gießen, ist Hoffnungslosigkeit für die Menschen in Bremen und Bremerhaven. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Haushaltsaufstellung gilt als Königsdisziplin des Parlamentes. Allerdings war schon absehbar, was heute passieren wird. Es ist absehbar, dass die Regierungsfaktionen den Haushalt in den wesentlichen Grundzügen verteidigen und sagen werden, wo sie Korrekturbedarf sehen. Genauso absehbar war und wird sein, dass die Opposition mit jeweils unterschiedlichen Zungenschlägen diesen Tag zu einer Generalabrechnung mit der Regierung nutzt. Kollege Röwekamp, wir hatten gestern bei der Konrad-Adenauer-Stiftung schon die Möglichkeit, darüber zu diskutieren. Ich kann mir auch vorstellen, was der Kollege Rupp gleich sagen wird. Es ist Ihr gutes Recht, an dieser Stelle eine Generaldebatte zu führen. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass wir einmal mit den üblichen Traditionen brechen, uns darauf zurückbesinnen, was wir eigentlich tun, und Einigkeit darüber herstellen, auf welchen Grundlagen wir diskutieren.

Jahrelang haben wir in diesem Parlament darüber geredet, dass ein steiniger Weg vor uns liegt, aber, ehrlich gesagt, standen wir da alle noch auf relativ planem Asphalt. Allen war klar, das Einhalten des Konsolidierungspfades, das Einhalten der Schuldenbremse und der schrittweise jährliche Abbau der Neuverschuldung verlangen unseren beiden Städten etwas ab. Der Konsolidierungsweg wird, je länger wir Kurs halten, zunehmend steiler, schwieriger und härter einzuhalten sein. Das Ziel aber, ab 2020 keinen einzelnen Euro mehr an zusätzlichen Krediten aufzunehmen, ist und war zumindest für mich nie Selbstzweck. Viele in diesem Parlament hat geeint: Bremen darf nicht kaputtgespart werden!

(Beifall SPD)

Man muss sich ehrlicherweise einmal fragen: Was heißt Sparen in diesem Zusammenhang eigentlich? Sparen ist das Zurücklegen momentan freier Mittel

(D)

(A) für eine spätere Verwendung. Das ist schon meinen Kindern klar. Wenn sie von Oma und Opa 5 Euro bekommen und die ins Sparschwein packen, statt unmittelbar in den Spielzeugladen zu bringen, dann ist das Sparen. Daran gemessen, das muss man klar sagen, sparen wir in Bremen überhaupt nichts und haben übrigens auch noch nie etwas gespart. Bei dem, was wir Sparanstrengung und Konsolidierungskurs nennen, geht es um etwas anderes. Statt zu sparen, also Geld, das wir haben, nicht auszugeben, versuchen wir, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben. Das ist etwas völlig anderes!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Selbst das ist angesichts der drückenden Schuldenlast, der Strukturprobleme und vor allen Dingen der wachsenden Aufgaben mehr als schwierig. Auch wenn wir dieses Ziel erreichen, erreichen wir damit noch keinen paradiesischen Zustand. Bremen wird und hat deutliche Eigenanstrengungen unternehmen müssen. Auch das ist ein politischer Euphemismus. Was sind Eigenanstrengungen? Wenn man ehrlich ist, ist das ein bisschen Weichspülung. Eigenanstrengung heißt nämlich als harter Fakt nichts anderes, als dass wir Einnahmen erhöhen – Einnahmen erhöht der Staat im Regelfall darüber, dass er Steuern oder Gebühren erhöht, das müssen Bürgerinnen und Bürger bezahlen – oder dass wir Ausgaben kürzen. Das haben wir in der Vergangenheit häufig gemacht, wir haben Personal abgebaut.

(B)

An dem Begriff „Eigenanstrengung“ ist eine Sache sehr ehrlich: Das ist anstrengend. Es ist nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger da draußen anstrengend, sondern auch für uns, für alle, die hier leben und arbeiten, für diejenigen, die morgens aufstehen und acht Stunden ranklotzen, aber genauso für diejenigen, die hier Handel treiben, die hier ihre Unternehmen haben, und auch schon für die, die hier zur Schule gehen und hier studieren.

Um es klar zu sagen: Unser Konsolidierungskurs ist nicht durchzuhalten, ohne dass das jemand merkt. Der Konsolidierungskurs bedeutet Steuererhöhung, wie wir das schon bei den Grunderwerbs- und Gewerbesteuern gemacht haben. Er bedeutet übrigens auch – das wird die Kritik in den beiden Redebeiträgen der LINKEN sein –, dass wir weniger Personal zur Verfügung haben, als wir uns eigentlich wünschen.

Wir sind auf dem Konsolidierungskurs da angekommen, wo es beginnt, richtig weh zu tun, wo die Menschen das spüren. Auch der weitere Weg wird hart bleiben. Kollege Röwekamp, das ist völlig klar! Bis heute haben wir es allerdings, das muss man der Fairness halber sagen, fünfmal hintereinander geschafft, die Vereinbarung, die wir mit dem Bund haben, einzuhalten, egal wie hart das gewesen ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Kollege Röwekamp, ich gestehe Ihnen zu: Das war nicht nur unser Verdienst. Es waren nicht nur der hochweise Senat, der hervorragende Haushaltsentwürfe gemacht hat, und die super Koalition, die dann den Haushalt noch weiter verbessert hat, und dadurch ist alles gut geworden. Nein, natürlich haben wir davon profitiert, dass es steigende Steuereinnahmen und eine gute wirtschaftliche Entwicklung gegeben hat. Vor allen Dingen haben wir auch davon profitiert, dass die Zinsausgaben heruntergegangen sind. Bei der Einhaltung des Konsolidierungspfades haben wir letztlich neben allen Eigenanstrengungen auch Glück gehabt, das muss man ehrlich sagen. Aber – das ist vielleicht das Stück Redlichkeit, das ich in dieser Debatte anmahne – wir haben es Jahr für Jahr wieder geschafft, den mit dem Bund geschlossenen Vertrag einzuhalten. Wir gedenken, das auch weiter zu tun. Haben Sie keine Sorge, Kollege Röwekamp!

(C)

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für diejenigen, die Rad fahren – ich tue das nicht, aber sehe mir das gern im Fernsehen an –: Wenn man das Bild mit dem ebenen Asphalt und dem langen Weg ein bisschen weiterspinnst, dann fängt jetzt die Phase an, in der wir den Asphalt hinter uns haben und die steinige Bergetappe beginnt. Demjenigen, der sich die Flandern-Rundfahrt einmal angesehen hat, sage ich: Jetzt steht die Mauer an.

(D)

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Die Mauer muss weg!)

Das tut weh! Das tut allen weh, uns, die wir die Entscheidungen treffen, die wir davon betroffen sind, und all denjenigen, denen wir etwas zumuten müssen. Trotz all dieser Steine, die vor uns auf dem Weg liegen, setzt dieser Haushaltsentwurf klare Schwerpunkte.

Ich fange mit dem Bildungsbereich an. Darin sieht die Koalition einen deutlichen Schwerpunkt. Vorgesehen sind laut Haushaltsentwurf 120 zusätzliche, neue Lehrer, 80 weitere Lehrer sollen durch Umorganisationsprozesse an die Tafel gebracht werden. Aufgrund der gestiegenen Kinderzahl werden zudem 16 zusätzliche Klassenverbände eingerichtet. Um das längere gemeinsame Lernen zu ermöglichen, werden insgesamt acht Grundschulen in Ganztagsgrundschulen umgewandelt.

(Beifall SPD)

Vielleicht sagt man als Opposition: „Das reicht ja nie“, aber man sollte auch anerkennen, dass 2016/2017 58 Millionen Euro in den Erhalt von Schulgebäuden gesteckt werden, 58 Millionen Euro, um Infrastruktur zu erhalten.

(Beifall SPD)

(A) Ich komme auf den Bereich Kinderbetreuung, weil sie mir sehr wichtig ist. Wir sehen der Entwicklung da draußen nicht als Unbeteiligte zu und sagen: Wir haben einen Konsolidierungspfad, und was in der Gesellschaft passiert, interessiert uns nicht, Hauptsache, wir bekommen einen statistischen Prozess durch. Nein, wir werden bis Ende 2017 zusätzlich 550 weitere Plätze für Kinder unter drei Jahren und 702 Plätze für Kinder über drei Jahren bereitstellen. 2,4 Millionen Euro werden zur Steuerung der Qualität in die Kindertagesstätten fließen. Ich glaube, man muss bei aller Kritik anerkennen, dass die Koalition im Rahmen der geschlossenen Verträge alles macht, um den Bereich Kinder und Jugendliche deutlich zu fördern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verhehle nicht, dass sich die Fraktionen abweichend vom Senat vorgenommen haben, da vielleicht noch ein bisschen draufzupacken. Ich glaube, da wird noch etwas gehen, ich hoffe das. Ich glaube, dass wir im Bereich Inklusion noch deutlich drauflegen müssen, um gesellschaftlichen Problemen Rechnung zu tragen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Kommen wir zu einem weiteren Schwerpunkt! Sicherheit ist ein Thema, das viele Menschen in unserer Stadt und in der Politik beschäftigt. Fakt ist, das wissen wir alle, die Personaldecke der Polizei ist dünn. Bis 2018 stehen wir vor einer Durststrecke, weil schlicht der Nachwuchs fehlt und Polizisten auf dem freien Markt nicht einzuwerben sind. Das erfordert ohne Zweifel ein Umdenken. Wir alle müssen darüber nachdenken, in welchen Bereichen die Arbeit der Polizeibeamten teilweise auch durch Angestellte übernommen werden kann. Wir müssen auch über die Organisation der Polizeiarbeit nachdenken – Kollege Röwekamp, da sind zumindest wir beide nicht weit auseinander. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in Anbetracht der terroristischen Bedrohung zu einer neuen Sicherheitsarchitektur zwischen Bund und Ländern kommen müssen. Der Bund muss viel mehr Verantwortung übernehmen, schlicht und ergreifend, weil die kleinen Polizeibehörden der Länder das nicht können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist auch klar, das kann man an dieser Stelle ehrlich sagen, dass es einen weiteren Reformprozess bei der Polizei geben muss. Wir haben uns das vorgenommen, der Senat weiß das. Wir werden nicht umhinkommen, noch einmal über die Revierstruktur nachzudenken. 18 Reviere in der Stadtgemeinde Bremen, zwei in Bremerhaven! Rechnet man, stellt man fest, dass da ein Ungleichgewicht ist. Wenn wir das

ordentlich organisieren wollen, müssen wir an dieser Stelle weiterarbeiten. Das heißt, auch da wird es zu Veränderungen kommen müssen.

(C)

Um die Situation zu entspannen, ist aber bereits ein Schritt gemacht worden. Im vergangenen Jahr haben 100 angehende Polizisten ihre Ausbildung begonnen, in diesem Jahr sind es 120. Was die Ausstattung angeht, stellt der Haushaltsentwurf die richtigen Weichen. So werden für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen bei Polizei und Feuerwehr knapp 4,3 Millionen Euro vorgesehen. Fast 1,2 Millionen Euro fließen in die allgemeine Schutzausrüstung sowie die Ausstattung der Polizeispezialeinheiten mit Waffen, Geräten und Schutzausrüstung. Insgesamt stimmt die Grundlage, aber ich glaube auch, dass weite Teile des Parlamentes einig darin sind, dass wir die bisher vorgesehene Zielzahl von 2 540 Polizeibeschäftigten deutlich auf 2 600 erhöhen müssen.

(Beifall SPD)

Es muss aber ein realistischer Blick auf die Situation erlaubt sein. Wir leben in Bremen und Bremerhaven nicht in einem Sicherheitsparadies, aber auch nicht in Chicago der Dreißigerjahre. Unsere beiden Städte sind in den letzten 25 Jahren unbestreitbar sicherer geworden. Die Kriminalität ist seit 1991 um ein Drittel gesunken. Allein zwischen 2005 und 2014 hatten wir einen Rückgang der Straftaten um 15 Prozent zu verzeichnen, und das bei einer ungefähr gleichen Anzahl von Polizeibeschäftigten. Das berechtigt allerdings nicht, zu dem Schluss zu kommen, dass man, wenn es ein Drittel weniger Straftaten gibt, dann klugerweise ein Drittel weniger Polizisten braucht. Ich glaube, das genau ist nicht der Fall.

(D)

Wir müssen auf die Veränderungen der Gesellschaft reagieren. Die Polizei sieht sich anderen Herausforderungen gegenüber. Gesellschaftliche Veränderungen bei Massenveranstaltungen, steigende Gewaltbereitschaft in Gruppen, Terror, das alles sind zusätzliche, neue Einsatzfelder. Für mich steht deshalb außer Frage, dass wir den Polizistinnen und Polizisten für ihre hohe persönliche Belastung – dazu muss man nur einen Blick auf die Überstunden werfen – zu Dank verpflichtet sind und allein deshalb auch materiell versuchen müssen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

(Beifall SPD)

Kommen wir zum Bereich Wirtschaft und Arbeit! Gerade dieser Bereich ist ein ausgeprägter Schwerpunkt dieses Haushaltsentwurfes und findet eine klare Unterstützung in beiden Koalitionsfraktionen. Neben den vorgesehenen Investitionen in die Wirtschaftsstruktur und die Wirtschaftsförderung sieht der Doppelhaushalt insgesamt 7 Millionen Euro für ein Landesprogramm zur Förderung von langzeitarbeitslosen Menschen vor. Ziel dieses Programms ist, 500 neue sozialversiche-

(A) rungspflichtige Stellen im öffentlichen Bereich zu schaffen. Dabei geht es nicht nur um einfache Jobs, sondern darum – das ist mir als Sozialdemokrat besonders wichtig –, Perspektiven für Menschen zu entwickeln, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben.

(Beifall SPD)

Ich bin der festen Überzeugung, dass da, wo es geht, sinnvolle Arbeit Menschen Würde und Perspektive gibt. Daran müssen wir immer arbeiten, wenn wir Menschen in dieser Gesellschaft einen Platz organisieren wollen. Wenn der Sinn dieser Arbeit insbesondere darin besteht, soziale Strukturen in den Stadtteilen zu stützen, dann ist ein solches Programm eine Win-win-Situation für alle Betroffenen, für die Stadt und letztlich auch für die Gesellschaft.

Zum Thema Wohnen! Es hat nicht unmittelbar etwas mit dem Haushalt zu tun, ist aber abgesichert: Das, was an notwendigen Dingen geschehen muss, dass wir nämlich bauen, bauen, bauen müssen, um unsere Mietpreise in den Griff zu bekommen und um die Flüchtlinge unterzubringen, ist klar erkannt. Ich erspare Ihnen die Details, weil wir diese Debatte geführt haben. Das Wohnungsbauprogramm des Senats findet hier haushalterisch eine absolute Absicherung. Ich bin fest davon überzeugt, dass es uns gelingen wird, die Zahlen, die wir uns vorgenommen haben, zeitnah umzusetzen.

(B)

(Beifall SPD)

Klar ist auch, in der Haushaltslage unseres Bundeslands ist nicht alles, was wünschenswert ist, bezahlbar, aber das Zahlenwerk, das uns vorliegt, setzt meines Erachtens die richtigen Schwerpunkte. Jetzt ist das Parlament an der Reihe. Für die SPD-Fraktion ist dabei klar: In den Haushaltsberatungen nur nach mehr Geld zu verlangen, ist schwierig, das bringt uns nicht weiter. Beide Regierungsfractionen werden daher alle Vorschläge mit klaren Finanzierungsmodellen hinterlegen, und zwar in dem Bewusstsein, dass man alles, was man an einer Stelle draufpackt, an anderer Stelle wegnehmen muss oder dass dafür zusätzlich Einnahmen generiert werden müssen.

Kollege Röwekamp, am Ende möchte ich noch auf eine Besonderheit eingehen, die Sie kritisiert haben. Für 2016/2017 werden parallel zum Kernhaushalt die Kosten für die Integration der Menschen ausgewiesen, die vor Krieg und Terror bei uns Schutz suchen. Neben einer menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge ist es vor allem wichtig, diejenigen Menschen, die dauerhaft hier bleiben, schnellstmöglich zu integrieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Ich möchte allen noch einmal ins Gedächtnis rufen, warum das wichtig ist. Deutschland und Bremen ha-

ben aus ihrer Migrationsgeschichte gelernt. Es ist allemal besser, von Anfang an in Menschen zu investieren, als zum Teil jahrzehntelang sozialen Entwicklungen hinterherzuklempnern.

(C)

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Darin ist sich das Parlament weitestgehend einig – mit Ausnahme der Rechtsausleger, die wir in diesem Parlament haben. Die Bewältigung dieser Aufgaben kostet Geld. Dafür sind 322 Millionen Euro im Jahr 2016 und 267 Millionen Euro im Jahr 2017 vorgesehen. Die Technik, die dahintersteckt, ist auch klar: Das sind keine deckungsfähigen Posten, die für irgendetwas anderes verwendet werden können, sondern diese Posten sind mit den entsprechenden Haushaltsvermerken so hinterlegt, dass wir, wenn wir weniger Sozialhilfe zahlen müssen, schlicht und ergreifend weniger ausgeben. Wenn wir weniger Flüchtlingsheime bauen müssen, weil die Leute Unterkunft haben, werden wir weniger Geld für Flüchtlingsheime ausgeben. Die 20 und 30 Millionen Euro im Integrationsbudget werden weitestgehend fließen müssen, weil man Klassen einrichten muss, weil man in den Stadtteilen Strukturen schaffen muss, weil man Jugendarbeit machen muss. Das ist nicht unbedingt so volumenabhängig wie die anderen Dinge. Seien Sie sicher, da gebe ich Ihnen mein Wort: Es wird nichts ausgegeben, was für die Flüchtlinge nicht wirklich erforderlich ist!

(D)

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich meine, das ist verdammt gut angelegtes Geld! Jetzt kann man sich über die These von Herrn Koriouth streiten: Ist die Zuwanderung, die wir erlebt haben, sozusagen im Sinne der Schuldenbremse tatsächlich ein Ausnahmetatbestand, oder ist sie das nicht? Darüber kann man, weil wir die Ersten sind, die unter diesen Bedingungen einen Haushalt aufstellen, wahrscheinlich sogar juristische Dissertationen anfertigen. Ich bin mir sicher, dass wir keine andere Möglichkeit haben, denn zu diesen gesellschaftlich notwendigen Kosten, dass die Leute Deutsch lernen, dass ihre Kinder zur Schule gehen, dass sie hier ausgebildet werden und dass wir alles dafür tun, dass sie in den Arbeitsmarkt integriert werden, haben wir keine Alternative, das müssen wir jetzt machen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin fest davon überzeugt, dass das rechtlich zulässig ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass das transparent dargelegt ist. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass die Ausnahmesituation rechtlich unbestreitbar vorliegt. Deshalb kann man das nicht nur so machen, man muss das so machen.

Kollege Röwekamp, noch ein Satz zum Abschluss! Bertold Brecht lässt seine Dreigroschenoper mit dem

(A) Satz enden: „Ist das nötige Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut.“ Das ist ein schöner Globalsatz. Ich glaube, die Aufgabe dieses Parlamentes, die Aufgabe der Regierungsfractionen ist, das nötige Geld für Arbeit, Bildung, Wohnen und Sicherheit zur Verfügung zu stellen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)*: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eines vorwegschicken! Ich möchte mich im Namen der grünen Fraktion bei den vielen Menschen bedanken, die an der Vorbereitung dieses Haushaltsentwurfes mitgewirkt haben, der uns heute vom Senat zur ersten Lesung vorgelegt wurde. Ich möchte mich ganz herzlich dafür bedanken. Das ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sicherlich eine besonders schwierige Aufgabe gewesen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich als Erstes für uns Grüne sagen: Für uns ist die Leitlinie dieser beiden Haushalte investieren in die Zukunft und die nachfolgenden Generationen! Konkret sind unsere politischen Schwerpunkte daher Kinder, Jugendliche und Bildung, Nachhaltigkeit, Klima und Umweltschutz.

(B)

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die vorliegenden Haushaltsentwürfe stellen aus unserer Sicht hierfür inhaltlich die richtigen Weichen. Zunächst aber möchte ich etwas zu den besonderen Herausforderungen sagen, denen wir mit der Erstellung dieser Haushalte genügen müssen, erstens, und das ist für uns ganz klar, unsere Verpflichtung gegenüber dem Stabilitätsrat einzuhalten, und zweitens, die Kosten der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu bewältigen.

Wenn man sich die wichtigsten Kennzahlen des Haushaltes ansieht, ist festzustellen, diese beiden Haushalte halten trotz schwierigster Rahmenbedingungen weiterhin Kurs, um Bremen nachhaltig zu konsolidieren und auch künftig die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes und der beiden Städte zu sichern. Wir verringern das strukturelle Defizit stetig. Das ist auch die Voraussetzung, um den Haushalt ins Lot zu bringen. Zugleich sind auch etwas höhere Investitionen möglich. Aber der Haushalt ist knapp, und es ist nicht so, dass hier Leute stehen und sagen, es ist doch alles „tutti frutti“. Herr Röwekamp, das scheint einer Ihrer neuen Lieblingsbegriffe zu sein, Sie haben ihn jetzt schon öfter in Ihren Reden verwendet. Ich habe das nicht gehört, und es gehört zur

Ehrlichkeit dazu, dass alle hier bekennen, dass der Haushalt knapp ist.

(C)

Gemeinsam mit dem Stabilitätsrat wurde festgelegt, wie viel Kredit Bremen jährlich aufnehmen darf, und dieser Rahmen wurde bisher mit einem sogenannten Sicherheitsabstand immer unterschritten, den sich Bremen selbst auferlegt hat. Diesen Sicherheitsabstand haben wir uns mit gutem Grund auferlegt, denn wir müssen damit unvorhergesehene Ereignisse aus dem laufenden Haushalt bestreiten. Das ist uns in all den Jahren auch gelungen. Jetzt, das gehört auch zur Ehrlichkeit und zur Transparenz, muss man sagen, dass der Sicherheitsabstand 2017 nur noch 67 Millionen Euro beträgt. Viel Unvorhergesehenes darf also nicht passieren.

Der Senat weist die Mehrausgaben für die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen in diesem Haushalt gesondert aus. Das ist nach Ansicht der grünen Fraktion richtig und gerechtfertigt. Allein für 2016 belaufen sich diese Kosten auf mehr als 350 Millionen Euro. Wir Grüne finden es richtig, dass dieses Geld ausgegeben wird. Wir müssen und wollen Flüchtlinge nicht nur adäquat unterbringen, sondern wir müssen sie auch vernünftig integrieren, ihnen unsere Sprache und unsere Kultur vermitteln, die der Schlüssel für eine Teilhabe an unserer Gesellschaft sind.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

(D)

Wir wollen die Kinder in Kindergärten, Schulen und Ausbildungen schicken und den Erwachsenen Erwerbsmöglichkeiten ermöglichen. Ich möchte mich an Herrn Röwekamp und Herrn Professor Hiltz – er ist gerade nicht da, ich erwähne es trotzdem – richten, der gestern der Presse mitteilte, die Zahlen und Ausgaben müssten nach unten korrigiert werden. Wir müssen die Menschen, die jetzt hier sind, adäquat unterbringen und integrieren. Dafür benötigt es Geld. Ganz ehrlich, wenn man sich hier hinstellt und sagt, in Mazedonien sind die Grenzen derzeit dicht, deswegen kommen weniger Flüchtlinge, deswegen brauchen wir auch weniger Geld, dann sage ich: Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass man erwähnt, zu welchem Preis in Mazedonien die Grenzen dicht sind. Seitdem sind Tausende Menschen im Mittelmeer gestorben. Ich bin eine überzeugte Europäerin, trotzdem schäme ich mich als Europäerin ein Stück weit, dass es Europa nicht hinbekommt, Menschen, die Zuflucht suchen, diese adäquat zu gewähren und sie einfach draußen vor den Grenzen lässt. Zu welchem Preis akzeptieren wir, dass hier die Flüchtlingszahlen heruntergehen?

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die für all diese Anstrengungen notwendigen Kosten in dreistelliger Millionenhöhe lassen sich nicht einfach an anderer Stelle kompensieren. Deswegen

(A) weist Bremen diesen Haushaltsposten, der beim Unterzeichnen der Sanierungsvereinbarung 2011 in dieser Höhe nicht absehbar war, gesondert aus. Dafür nehmen wir die Regelung für Ausnahmesituationen in Anspruch. Es handelt sich um eine außergewöhnliche Situation, formal heißt es „außergewöhnliche Notsituation“, und das externe Gutachten hat bestätigt, dass dies möglich ist. Das kann man auch im Fazit des Gutachtens lesen. Das ist doch selbstverständlich, Herr Röwekamp. Sie haben gesagt, das sei an Anforderungen geknüpft, die Kosten müssten transparent dargelegt werden. Wo ist das Problem? Das soll gemacht werden, das ist richtig, und das wird auch so gemacht!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Es ist nur nicht gemacht!)

Wir belegen, wofür dieses Geld am Ende benötigt wird, wenn es ausgegeben wird: für Sprachförderung, Kinderbetreuung, Bildung, Arbeit und Wohnungsbau. Das sind die zentralen Voraussetzungen für die gelingende Integration der Menschen, die vor Krieg und Verfolgung bei uns Schutz suchen und von denen viele dauerhaft hier bleiben. Wir dürfen den Fehler der Neunzigerjahre nicht wiederholen und glauben, dass die Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben, irgendwann einfach wieder zurückgehen. Wir wissen, dass ein Großteil hier bei uns bleiben wird, und das finden wir auch gut so!

(B) (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Tschöpe ist schon darauf eingegangen, wie wichtig eine gute Integration zugewanderter Menschen ist. Das zeigen leider aktuell Negativbeispiele aus Frankreich und Belgien, wo sich offensichtlich über Jahre Parallelgesellschaften gebildet haben: Menschen, die sich nicht von der Gesellschaft aufgenommen und akzeptiert fühlen, mit Perspektivlosigkeit konfrontiert sind, die nirgendwo richtig zu Hause sind, die entwurzelt sind, sich dann eben auch leichter radikalieren lassen und eine potenzielle Bedrohung darstellen. Das ist kein menschlicher Umgang. Das gilt es zu verhindern. Das gibt es eben nicht zum Nulltarif.

Die Ausgliederung der Flüchtlingskosten wird im Übrigen auch von der Kaufmannschaft und der Handelskammer unterstützt, siehe die Pressemitteilung vom 8. März 2016, in der steht:

„Aus Sicht der Handelskammer ist es vom Senat richtig, den Doppelhaushalt so zu kalkulieren, dass er bei der Neuverschuldung die Anforderungen der Schuldenbremse erfüllt, sofern die hohen Kosten für die Flüchtlingsthematik nicht berücksichtigt werden: ‚Die Flüchtlingspolitik des Bundes hat auf die Länder erheblichen Einfluss‘, sagte Präses Emigholz. ‚Daher ist der Bund jetzt auch gefordert, die Bundesländer angemessen finanziell zu unterstützen.‘“

Das ist richtig! Wir nehmen die im Sanierungsvertrag vorgesehene Regelung für eine Ausnahmesituation in Anspruch. Kein Bundesland und erst recht kein Haushaltsnotlageland wie Bremen kann diese Kosten allein stemmen. Der Bund übernimmt bei dieser nationalen Aufgabe – es ist eine nationale Aufgabe, die aber vor Ort, in den einzelnen Kommunen gemeistert werden muss – bisher gerade einmal zehn Prozent der Kosten, und wir erwarten wie alle anderen Länder im Übrigen auch, dass sich der Bund mindestens zu 50 Prozent an den Kosten beteiligt.

(C)

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Herr Röwekamp, eine schwarze Null im Bundeshaushalt, die auf Kosten der Kommunen und der Länder erreicht wird, die aber eine solche Herausforderung nur durch einen immensen Kraftakt und keinesfalls ohne weitere Beteiligung des Bundes finanziell meistern können, ist in meinen Augen, ich sage es einmal so deutlich, zutiefst unsolidarisch. Das hat nichts damit zu tun, dass der Bund beschimpft würde. Nein, keiner beschimpft den Bund, aber Einfordern ist doch mehr als gerechtfertigt!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Um das Integrationskonzept des Senats umzusetzen, sind 50 Millionen Euro für die beiden Haushaltsjahre eingeplant. Der Großteil, 17 Millionen Euro, geht in die Bildung und Kinderbetreuung. In die Sprachförderung gehen 8 Millionen Euro, in Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt 9 Millionen Euro. Ich habe vorhin angesprochen, wie wichtig es ist, die Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir stellen uns also der großen Herausforderung der Flüchtlingsaufnahme und der Integration, und wir halten die Vereinbarung mit dem Stabilitätsrat weiterhin ein.

(D)

Die zweite besondere Herausforderung der beiden Haushalte 2016 und 2017 ist, dass vor uns das letzte Stück auf der Marathonstrecke zur Konsolidierung des Haushalts liegt. Wie beim Marathon auch ist dieses letzte Stück besonders beschwerlich, ob man auf Asphalt läuft oder über Mauern klettern muss. Klar ist, es erfordert besondere Anstrengung.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Da kann einem leicht die Luft ausgehen!)

Nein, Herr Kastendiek! Ich kann Ihnen sagen, uns geht nicht die Luft aus, auch nicht die Puste! Bremen hat 2015 zum fünften Mal in Folge die Sanierungsvereinbarungen eingehalten und sich damit die Hilfe in Höhe von 300 Millionen Euro gesichert.

Herr Röwekamp, auch wenn man ein eloquenter Redner wie Sie ist, finde ich es nicht redlich und auch nicht richtig, der Finanzsenatorin Zitate in den Mund zu legen, die sie überhaupt nicht geäußert hat.

(A) (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Hier hat keiner gesagt: Alles andere ist mir egal, Hauptsache, ich bekomme die 300 Millionen Euro. Ich habe das ganz eindeutig so nicht gehört. Natürlich gilt auch für die Haushalte 2016 und 2017, dass die Sanierungsvereinbarung eingehalten wird. Der Haushaltsplan zeigt, dass wir ohne die unvorhergesehene Ausnahmesituation der Flüchtlingsaufnahme unsere Konsolidierungsanstrengung fortführen und einhalten. Bremen bleibt also vertragsgetreu.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Röwekamp, in Ihrer Rede habe ich etwas vermisst. Neben Ihrer Kritik an dem gesondert ausgegliederten Flüchtlingshaushalt habe ich wenig Inhaltliches gehört. Soweit ich das mitbekommen habe, macht das Bremerhaven genauso,

(Abg. Crueger [SPD]: Da kennt er sich nicht so gut aus!)

mit einem CDU-Kämmerer und einer CDU in der Regierungsverantwortung. Deswegen möchte ich inhaltlich noch etwas zu einigen Kernpunkten sagen. Der Haushalt stellt sich den gesellschaftlichen Problemen und bietet Lösungen und vielfältige Wege für ein gelingendes Miteinander in Bremen. Wir wissen um die Situation in den Schulen. Deshalb stellen wir 120 neue Lehrerinnen und Lehrer ein und bringen weitere 80 durch Umorganisation ins Klassenzimmer, also insgesamt 200 Lehrerinnen und Lehrer.

(B)

Wir investieren in weitere Ganztagsgrundschulen und damit in die bessere Förderung der Kinder. Aufgrund erfreulicherweise gestiegener Kinderzahlen werden 16 zusätzliche Klassenverbände eingerichtet. Das Betreuungsangebot zur frühkindlichen Bildung und besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird auch 2016 mit 550 zusätzlichen Krippenplätzen und 700 weiteren Kita-Plätzen ausgeweitet.

Die Weichen für den Kauf von 67 neuen Straßenbahnen sind gestellt. Herr Tschöpe ist auch schon darauf eingegangen. Das leistet einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Mobilität der Bremerinnen und Bremer. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und da wir von Sturmfluten in Bremen besonders bedroht sind, ist es gut, dass wir in diesem Haushalt 34 Millionen Euro für notwendige Deicherhöhungen zum Schutz der Menschen vor Hochwasser bereitstellen.

Der Energiekonsens wird mit 1 Millionen Euro erhalten und soll die Unternehmen weiterhin bei der Umsetzung von effizienten Klimaschutzmaßnahmen beratend unterstützen. Das Budget des Umweltbetriebs Bremen wird um 3 Millionen Euro erhöht, um Bremens Bäume und Grünanlagen, die für die Lebensqualität, den Klimaschutz und die Naherholung wichtig sind, besser zu pflegen. Davon haben alle Bremerinnen und Bremer etwas.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Abg. Ravens [parteilos])

(C)

Ich möchte noch auf einige weitere inhaltliche Punkte eingehen. Beim Bäderkonzept werden ein neues Hallenbad in Horn sowie der Ersatzneubau am Westbad finanziert. Wir fördern den Wohnungsbau mit 40 Millionen Euro, um den Wohnungsmarkt zu entspannen und für erschwingliche Mieten zu sorgen.

Insgesamt 7 Millionen Euro stehen in beiden Jahren für ein Landesprogramm zur Förderung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung. Für die Umsetzung der Ausbildungsgarantie sind pro Jahr 4 Millionen Euro veranschlagt. Hier zu kritisieren, man wolle nichts gegen Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit machen, finde ich nicht richtig, Herr Röwekamp!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Erstmals in diesem Haushalt wird ein Stadtteilbudget für Beiräte mit 1 Millionen Euro pro Jahr für verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen zur Verfügung stehen. Das stärkt die Beiräte in ihren Rechten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Um die Personalstärke der Polizei zu verbessern, sind 135 Ausbildungsplätze pro Jahr vorgesehen. Wir investieren 32 Millionen Euro in die Ertüchtigung der Kaje im Kaiserhafen. 30 Millionen Euro gehen in den Ausbau der Hafenterrasse, und wir stellen Geld für die Realisierung des OTB zur Verfügung.

(D)

Wenn man sich hier hinstellt und sagt, die rot-grüne Koalition investiere nichts, wir würden die Wirtschaft oder den Standort Bremen und Bremerhaven gefährden, dann sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU: Dann machen Sie sich doch auf Bundesebene stark dafür, dass das EEG so ausformuliert wird, dass sich Investitionen in effiziente Energievorhaben lohnen!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Denn die Deckelung der Investitionen in Windenergie im EEG, so wie es jetzt ist, macht Windkraftstandorten wie Bremerhaven das Leben schwer. Das macht übrigens auch Stahlwerken das Leben schwer, die nicht in effiziente Energievorhaben wie die Nutzung ihrer Gicht- und Konvertergase investieren können, oder auch der swb bei der Investition des Gaskraftwerks. Machen Sie sich für unseren Standort stark, indem auf Bundesebene ein ordentliches EEG ausformuliert wird!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

- (A) Bei allen wichtigen Positionen, die ich gerade aufgezählt habe, in die wir in den kommenden Haushalten Geld investieren, gehört zur Ehrlichkeit und Klarheit unserer Haushaltspolitik aber auch, dass wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern offen sagen: Die notwendige Konsolidierung des Haushalts bringt Zumutungen und Belastungen mit sich. Das merkt man auch in den Stadtteilen, in denen etwas weggespart werden muss.
- Wir können leider nicht alle Wünsche berücksichtigen, aber wir konzentrieren uns auf die für uns wichtigsten Felder, damit wir im Land Bremen die Grundlagen für ein zukunftsfähiges und solidarisches Gemeinwesen erhalten. Dazu zählt der Ausbau der Kinderbetreuung, der eben auch Alleinerziehenden die Chance auf eine Arbeit eröffnet. Wenn wir uns den Armutsbericht ansehen, stellen wir fest, es sind gerade Alleinerziehende, die ein hohes Armutsrisiko haben.
- Dazu zählt auch zusätzliches Personal für die Schulen und die Umsetzung der Inklusion, was allen Kindern die Chance auf eine erfolgreiche Zukunft eröffnen soll. Dazu zählt die verlässliche Finanzierung der Hochschulen, an denen junge Menschen die Fertigkeiten erwerben, die Bremen braucht. Dazu zählen die Qualifizierungsprogramme für Arbeitslose und auch die leicht steigenden Investitionen in den Wirtschaftsstandort. Dazu zählen Klimaschutz mit dem Ausbau des ÖPNV, Förderung des Radverkehrs und Erhöhung der Deiche.
- (B) Bremen investiert in frühkindliche Bildung. Ich habe den Kitausbau und Bildung als einen wichtigen Beitrag zur Armutsprävention genannt. Diesen Schwerpunkt hat Rot-Grün sowohl bei den letzten Haushaltsverhandlungen gesetzt als auch aktuell. Damit führen wir den begonnenen Prozess fort, die Kindertagesbetreuung und die Angebote von Ganztagschulen zu verbessern, insbesondere in Ortsteilen, die durch viele Menschen in materiellen Armutslagen geprägt sind.
- Bremen ist bedingt durch die leeren Kassen beim Ausbau vielleicht nicht besonders schnell, aber dafür arbeiten wir kontinuierlich und hartnäckig am Ausbau von Kitas und Ganztagschulen, insbesondere dort, wo sie benötigt werden, und sehen uns den Sozialindikator dort in den Stadtteilen an. Das ist wichtiger denn je!
- Aktuell steigt die Anzahl junger Menschen in der Stadt Bremen durch den Zuzug von Geflüchteten deutlich an. Laut Statistischem Landesamt ist der Anteil junger Menschen etwa um zwölf Prozent angestiegen. Für 2016 rechnen wir mit einer Zunahme um 16 Prozent und für 2017 mit 18,5 Prozent mehr jungen Bremerinnen und Bremern. Es ist erst einmal gut, dass sich die Stadt verjüngt.
- (Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)
- (C) Die quartiersbezogene offene Jugendarbeit ist von hoher Bedeutung für die Entwicklung der Jugendlichen. Es liegt auf der Hand und spiegelt sich ebenfalls in den Haushaltsentwürfen wider: Neben der Schule benötigen Jugendliche Freiräume, um Demokratie, Toleranz und Selbstwirksamkeit im Alltag mit Gleichaltrigen zu erproben. Gerade in der heutigen Zeit kann man das demokratische Wirken nicht hoch genug halten. Nach vielen Jahren, in denen dieser Bereich keine Zuwächse erfahren hat, wird es uns gelingen – da bin ich optimistisch –, hier eine deutliche Schwerpunktsetzung zugunsten der offenen Jugendarbeit vorzunehmen. Die Stärkung der offenen Jugendarbeit ist schließlich neben anderen Forderungen ein zentrales Ergebnis der 2. Bremer Armutskonferenz.
- Abschließend ein Wort zur LINKEN! Ich bin gespannt auf den folgenden Redebeitrag. Wenn man sich die Äußerungen rund um den letzten Parteitag durchgelesen hat, kann man ahnen, was gleich kommen mag. DIE LINKE wird empfehlen, davon gehe ich aus, die Vereinbarung zur Schuldenbremse zu zerreißen, und wird den Menschen sagen wollen, dass alle Wünsche einmal eben zu erfüllen sind. Wenn man sich von der Schuldenbremse verabschiedet, ist das ein finanzpolitisches Roulette, bei dem nicht weniger als die Handlungsfähigkeit und die Selbstständigkeit Bremens auf dem Spiel stehen.
- (Beifall Bündnis 90/Die Grünen)
- (D) Es wäre ein glatter Verfassungsbruch, den wir als Grüne gewiss nicht mitmachen. Was ist die soziale Folge ungezügelter Verschuldung? Die Zinsen würden den finanziellen Spielraum immer weiter eingen. Für Menschen, die auf staatliche Leistungen und Unterstützung angewiesen sind, bliebe am Ende nichts mehr. Das kann doch keiner wollen! Man kann immer auf die Reichensteuer und die Vermögensabgabe schießen, nur solange so etwas im Bund nicht annähernd diskutiert oder verabschiedet wird, kann man sich doch mit solchen Luftblasen nicht über den Tag helfen, ganz im Gegenteil! Wenn wir uns von der Schuldenbremse verabschiedeten, verlören wir die 300 Millionen Euro Unterstützung vom Bund und den Ländern. Das ist ungefähr die Summe, die wir jährlich zum Beispiel in die Universitäten und die Hochschulen geben. Ich glaube, wir können es uns nicht leisten, dass dort die Lichter ausgehen.
- (Vizepräsident Imhoff übernimmt den Vorsitz.)
- Kein Haushalt verlässt bekanntlich das Parlament, wie er eingebracht wurde. Der vom Senat eingebrachte Haushalt unterstreicht den Willen der rot-grünen Koalition, die Haushaltskonsolidierung erfolgreich fortzuführen. Er zeigt, dass der Senat richtige Schwerpunkte bei Bildung, Arbeit, Wohnen und Umweltschutz setzt. Wir werden bei den nun anstehenden

(A) Haushaltsberatungen noch einmal jede Haushaltsstelle unter die Lupe nehmen, und die rot-grüne Koalition wird versuchen, weitere Verbesserungen über das ohnehin geplante Maß hinaus zu erreichen. Dazu gehört insbesondere, Kindern und Jugendlichen in Bremen bessere Chancen zu ermöglichen. Deshalb werden wir noch einmal jeden Euro umdrehen, um zu sehen, ob wir nicht noch mehr für die Kinder und Jugendlichen in den Schulen, aber auch für die offene Jugendarbeit in den Stadtteilen erreichen können. Ob uns das gelingt, werden die Haushaltsberatungen zeigen.

Unser oberstes Ziel ist eine lebenswerte Stadt, ein lebenswertes Land mit guten Rahmenbedingungen für Familien, Jobs, Gesundheit, Bildung, und auch Bremens Eigenständigkeit zu sichern und zu erhalten. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kollegin Schaefer, Sie haben die Beschlüsse unseres Parteitages richtig interpretiert. Wir werden empfehlen, sich nicht weiter an die Sanierungsvereinbarung zu halten, und ich werde das begründen.

(B)

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist ja eine völlig neue Einstellung!)

Nein, die ist nicht neu, das ist schon immer so! Wir sind da durchaus konsequent. Keine Sorge, Herr Kollege Röwekamp, das hat Kontinuität, weil wir finden, dass es vernünftig begründet ist. Noch eines: Ich bin geduldig, aber hören Sie damit auf, so zu tun, als sei unsere Forderung nach Mehrausgaben auch auf Kosten von Krediten eine ungezügelter Neuerschuldung! Wir haben noch nie ungezügelter Neuerschuldung gefordert, sondern immer sehr präzise, so präzise wie keine andere Oppositionspartei in diesem Haus, einzelne Anträge aufgestellt, daruntergeschrieben, wie viel es unserer Meinung nach kostet und was es unserer Meinung nach nützt, und dabei kamen Summen zusammen, die bisher sogar noch im Rahmen der zulässigen Neuerschuldung gewesen sind. Das ist keine ungezügelter Neuerschuldung. Das wäre eine vernünftige politische Alternative gewesen!

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe gerade eine interessante Erfahrung gemacht. Der Kollege Röwekamp ist bekanntlich Mitglied der Christlich Demokratischen Union, und ich habe gerade gelernt, dass die Gesetze der Menschen für ihn der höchste Maßstab des Handelns sind, also das

Grundgesetz und die Landesverfassung. Da bin ich ein wenig enttäuscht! Ich war auch schon einmal Christ. Da hat man mir gesagt, nicht die Gesetze der Menschen, sondern Gott, die Zehn Gebote und insbesondere das Gebot der Nächstenliebe sind für Christen der Maßstab aller Dinge. So gesehen, Herr Röwekamp, war Ihre Rede unchristlich, denn Sie haben die Nächstenliebe nicht an erster Stelle genannt.

(C)

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe sehr genau zugehört. Ihre Analyse hinsichtlich der langfristigen Entwicklung insbesondere der Armut im Land Bremen, der Arbeitslosigkeit, der Jugendarbeitslosigkeit und so weiter war völlig richtig. Ihre Analyse, dass zu viele Sozialleistungen und zu hohe konsumtive Ausgaben wesentliche Ursachen für diesen Zustand sind, empfinde ich als absurd. Es ist doch jedem klar, das wissen auch Sie, dass ein Großteil der Probleme, die wir haben, insbesondere Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und in der Bildung, nicht darin liegen, dass wir zu viel für Sozialleistungen ausgegeben haben, die im Übrigen gesetzlich geregelt sind, sondern zu wenig, beziehungsweise zu wenige konsumtive Ausgaben getätigt haben, um diese Probleme zu lösen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch! Wer wird denn damit durch Armut gefährdet?)

(D)

Das ist die Lösung! So gesehen ist für mich jemand, der richtig analysiert, aber ganz bewusst und gezielt eine falsche Schlussfolgerung verbreitet und für Lösungen eintritt, die das Problem verschärfen, ein Demagoge. Ich fand Ihre Rede zutiefst demagogisch, Herr Röwekamp!

(Beifall DIE LINKE)

Ja, ich neige dazu, den Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland zu beschimpfen, insbesondere weil sich in den letzten Tagen herausgestellt hat, dass eine Bank, die sogar zu 15 oder 25 Prozent staatliche Anteile hat, mitgeholfen hat, Steuern aus der Bundesrepublik Deutschland in andere Länder zu transferieren, also Steuerflucht in Höhe von ungefähr 1 Milliarde Euro begünstigt hat. Das ist Beihilfe zur Steuerflucht, und das liegt unter anderem in der Verantwortung des Finanzministers der Bundesrepublik Deutschland, der verflucht noch mal endlich dafür zu sorgen hat, dass diese Formen von legaler und illegaler Steuerflucht zum Schaden der Menschen in diesem Lande aufhören!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Beschäftigen wir uns mit der Frage, ob es richtig ist, fluchtbedingte Kosten und Ausgaben aus dem nor-

- (A) malen Haushalt herauszurechnen und den Vorschlag zu machen, das nicht in den Sanierungspfad einzurechnen. Was ist an diesem Vorschlag falsch?
- Was ist die Alternative? Es nicht zu tun! Dann haben wir keine Chance, überhaupt noch einmal die 300 Millionen Euro Zinsbeihilfe zu bekommen. Dann ist es im Haushalt drin, dann ist der Sanierungspfad verletzt. Allein den Eindruck zu erwecken, dieses Geld könnte man irgendwo anders wegnehmen, insbesondere in so kurzer Zeit, ist gelinde gesagt ein Trugschluss. Es gibt dazu gar keine Alternative. Wenn wir eine Chance haben wollen, diese Zinsbeihilfe von 300 Millionen Euro trotz einer tatsächlichen Verletzung des Sanierungspfades durch fluchtbedingte Kosten zu bekommen, bleibt uns nichts weiter übrig, als zu sagen: Das sind außergewöhnliche Kosten und die müssen wir aus dem Sanierungspfad herausrechnen.
- (Beifall DIE LINKE)
- Eine Alternative gibt es nicht. Deswegen verstehe ich nicht, dass man das hier in irgendeiner Weise als verfassungswidrig deklariert. Meinetwegen gibt es juristische Spitzfindigkeiten, durch die man möglicherweise irgendwann zu diesem Schluss kommt. Ich empfinde das als vernünftig und richtig. Es gibt keine Alternative dazu.
- (B) Kommen wir zum Thema Flucht! Erstens habe ich gesagt: Dieses Geld herauszurechnen, ist richtig. Zweitens ist die Frage: Reicht das? Es wird immer so getan, als redeten wir über Wünsche, wenn es um Ausgaben geht. Das hat auch Frau Dr. Schaefer gerade gesagt. Dann wird immer gesagt: Es reicht ja nie.
- Ich mache immer Folgendes: Wenn ich ungefähr 1 600 Kinder im schulpflichtigen Alter habe, die aus Fluchtgründen nach Bremen kommen, und ich mir überlege, wie viele Lehrerinnen und Lehrer ich dann brauche, dann kann ich sagen: Mindestens ein Lehrer pro 20 Kinder, eher pro 15 Kinder. Dann nehme ich den Dreisatz, das ist die Sache mit: Drei Äpfel kosten 3 Euro, wie teuer ist ein Apfel? – Ich nehme diese 1 600 Kinder, teile durch 20 und komme auf 80. Dann weiß ich, ich brauche ungefähr 80 Lehrerinnen und Lehrer. Wenn ich aber nur Mittel für 20 Lehrerinnen und Lehrer bereitstelle, ist das zu wenig.
- (Beifall DIE LINKE)
- Dann gilt das Prinzip: Zu wenig ist nicht genug. Deswegen sind es nicht Wünsche oder irgendeine Form von Luxus. Bestimmte Dinge kann man am Bedarf errechnen, abschätzen, prognostizieren und entsprechend ausrichten. Wenn man 2 100 Kinder von 0 bis 6 Jahren hat und sagt: „Für ungefähr 700 Kinder schaffen wir neue Plätze, 700 Kinder quetschen wir in die vorhandenen Gruppen, und 700 Kinder gehen leer aus“, ist das genug? Ich meine, nein! Ich meine, an dieser Stelle ist wieder zu wenig nicht genug.
- (Beifall DIE LINKE – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber finanziert werden muss es trotzdem irgendwie!)
- (C) Wir können das beim Wohnen fortführen. Es ist überhaupt keine Frage, dass in diesem Bundesland in einer Geschwindigkeit und einer Qualität neue Wohnungen gebaut werden, die es vorher nicht gab und die ihresgleichen suchen. Selbstverständlich! Auch da wieder: Wenn es nicht genug Wohneinheiten gibt für die Menschen, die hier sind und die hierher kommen, ist es nicht genug. Dann muss man sich überlegen, was man macht, damit es genug sind!
- (Beifall DIE LINKE)
- Wir brauchen für eine erfolgreiche Integration mehr Kitas, mehr Sprachkurse, mehr Personal in Schulen, Verwaltungen und Sozialarbeit, vielleicht auch bei der Polizei, denn alles, was wir jetzt nicht aufnehmen, nicht anfangen und nicht anfassen, schafft in der Zukunft mit Sicherheit Probleme, die teurer sind als die Ausgaben, die wir jetzt machen müssen. Mit den jetzigen Ausgaben, dem jetzigen Volumen für fluchtbedingte Kosten decken wir den Bedarf nicht ab, und das erzeugt in der Zukunft Probleme. Das überlassen wir den nächsten Generationen, und das darf nicht sein. Das Problem besteht heute, und es muss heute gelöst werden. Deswegen müssen heute genug Mittel bereitgestellt werden!
- (D) (Beifall DIE LINKE)
- In dem Zusammenhang hat mich etwas besonders stutzig gemacht. Ich habe einmal geschaut, wie viele Ressorts etwas aus diesen 50-Millionen-Euro-Integrationsbudget bekommen. Das Kulturressort bekommt bis auf die Volkshochschule nichts. Ich finde das komisch. Ist es nicht insbesondere eine kulturelle Frage, ob uns Integration gelingt? Das geht eben nicht nur durch Frontalunterricht in der Volkshochschule oder sonst wo, sondern wir müssen uns auch Methoden überlegen, wie wir die Menschen mit unserer Kultur vertraut machen, wie wir von ihrer Kultur lernen und wie wir auch in diesem Bereich Integration voranbringen. Deswegen werbe ich dafür, noch einmal zu prüfen, ob es nicht sinnvoll ist, auch dem Bereich Kultur, beispielsweise der freien Kunst und dem Theater, ein Budget zu geben, damit auch in diesem Bereich ein Beitrag für Integration geleistet werden kann. Ich halte das für hochwichtig.
- (Beifall DIE LINKE)
- Werfen wir einen Blick auf den mittelfristigen Finanzplan! Am heutigen Tag ist es vielleicht müßig, über einzelne Haushaltsposten zu reden, sondern wichtiger, zu fragen, was in der Vergangenheit war und was für die Zukunft prognostiziert wird. Dann blickt man

(A) in diesen mittelfristigen Finanzplan bis 2020. Es ist übrigens gut, dass es ihn gibt. Das möchte ich als Kompliment weitergeben. Was aus dem Hause Finanzen kommt, die Informationen, die Unterlagen und auch die Kooperation selbst mit unbequemen Menschen wie mir ist immer kollegial, und deswegen möchte ich mich an dieser Stelle für diese Form der Zusammenarbeit bedanken. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, FDP)

Mittelfristige Finanzpläne weisen ein ganz merkwürdiges Phänomen auf. In der Vergangenheit sind Steigerungsraten immer deutlich höher als in der Zukunft. Das war im letzten Finanzplan so und davor auch schon. Ich will Ihnen Beispiele nennen. In den letzten vier Jahren sind die Personalkosten für das aktive Personal um vier Prozent gestiegen, ab 2018 nur noch um 1,8 Prozent, also knapp der Hälfte. Sozialleistungen: in der Vergangenheit ungefähr vier Prozent, ab 2018 knickt das weg und sinkt auf 1,5 Prozent. Sonstige konsumtive Ausgaben drei Prozent, da ist es besonders drastisch, ab 2018 so gut wie nichts mehr, 0,6 Prozent, da gibt es keine Steigerung mehr! Wenn man das alles zusammenrechnet und dieses Phänomen tatsächlich eintritt, was eine Anomalie ist, die möglicherweise doch nicht eintritt, stehen am Ende des Finanzplans ungefähr minus 150 Millionen Euro. Das heißt, der jetzige mittelfristige Finanzplan geht nicht auf null, obwohl er das müsste.

(B) Wenn man in der Logik des Sanierungspfades denkt, müsste man eigentlich in diesen beiden Haushalten die Bedingungen schaffen – Klammer auf, ohne Flucht, Klammer zu –, dass da im Jahre 2020 eine schwarze Null steht. Das ist aber nicht so. Wie machen wir das dann? Nach 2017 werden bestimmte Dinge noch intensiver gekürzt werden müssen als vorher, damit diese Vereinbarung eingehalten wird. Ich habe mir einmal die Frechheit erlaubt und mit den bisherigen Steigerungsraten bis 2020 gerechnet. Dann steht da nicht minus 150 Millionen Euro, sondern minus 450 Millionen Euro.

Wir sind also in einer Situation, in der die Realität zeigt: Dieser Plan geht nicht auf. Ich habe das übrigens von Anfang an gesagt, Frau Linnert. Ich habe immer gesagt, das geht sich nicht aus, oder ich habe gesagt, das Gefährliche ist, dass es sich ausgeht. Es gibt sozusagen zwei Szenarien. Es ist übrigens gefährlicher, wenn es sich ausgeht, weil dann so viel gekürzt wird, dass es kein vernünftiges Bremen mehr gibt.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt einen zweiten Effekt. Wir werden im Jahr 2020 ungefähr 1 Milliarde Euro Sozialleistungen tragen müssen und nur noch ungefähr 650 Millionen Euro Zinsen. Diese Milliarde Sozialleistungen sind soziale Schulden. Das habe ich Ihnen schon einmal vorge-rechnet. Das entspricht ungefähr 30 Milliarden Euro

Schulden in Geld. Das heißt, wir schaffen durch fehlende Ausgaben Situationen, in denen Sozialleistungen in einer Weise steigen, dass der Sanierungspfad schwierig oder unmöglich wird.

Das heißt, der Sanierungspfad frisst sich gerade selbst dadurch, dass wir nicht genug Geld ausgeben. Wir haben nicht genug Geld, um die Mehrausgaben der Zukunft zu vermeiden. Das ist hier meine Analyse des jetzigen mittelfristigen Finanzplans und des Sanierungspfades; das ist sozusagen mein finanzpolitischer Grund, ihn zu kündigen.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Röwekamp hat in der Tat gesagt – das ist völlig richtig –, dass wir in ganz vielen Bereichen Nachholbedarf haben. In Kindertagesstätten und Kindergärten sind viele neue Plätze errichtet worden, es sind neue Kindergärten gebaut worden; es reicht trotzdem nicht. Es gibt keine entsprechenden Kindergartenplätze für Alleinerziehende, was ein besonderes Manko ist. In der Bildung sollen jetzt 80 Lehrer an die Tafel – ich bin überhaupt nicht sicher, ob es überhaupt noch Tafel gibt, aber egal –, 120 neue sollen eingestellt werden. Nimmt man den Dreisatz zu Hilfe, kommt man auf plus 200, also insgesamt 400 Lehrerinnen und Lehrer, die wir brauchen, ohne Flucht. In diesem ganzen Konzept sind noch nicht zusätzliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter insbesondere für die Stadtteile, in denen es ohnehin schon schwierig ist. Also auch im Bereich der Bildung wird viel gemacht, aber wenn man 100 Kilometer fahren will, braucht man auch für 100 Kilometer Sprit und nicht für 70, sonst bleibt man auf drei Vierteln des Weges stehen. Deswegen müssen wir da nachhelfen.

(Beifall DIE LINKE)

In der Jugendarbeit sieht es dramatisch aus: Insbesondere jetzt, wo viele ausländische Jugendliche, Flüchtlinge und andere in die Jugendzentren strömen, ist es sehr wichtig, sie vernünftig aufzustellen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist schon mehr Geld eingestellt als früher!)

Es gibt mehr Geld als früher, aber mehr Geld als früher ist nicht das Maß! Das Maß ist: Wie viel brauchen wir, um dort eine vernünftige Arbeit machen zu lassen für die Zukunft und für die Jugendlichen, die dort hingehen?

(Beifall DIE LINKE)

Wir werden uns mit den Schwerpunkten sicherlich noch im Detail auseinandersetzen.

Ich wollte noch einsagen, warum ich nicht nur einen finanzpolitischen Grund habe: Meine Partei, meine Fraktion stellt auf jeden Fall die Lebensbedingungen

(C)

(D)

(A) der Menschen in diesem Bundesland in den Mittelpunkt des Interesses, und ihre Lebenslage ist das, was uns fordern lässt, nicht unser eigener Stolz, sondern diese Menschen. Wir nennen es Solidarität, Christen würden es Nächstenliebe nennen. Denn wir müssen Armut bekämpfen; wir müssen dafür sorgen, dass die hohe Sockelarbeitslosigkeit sinkt! Wir müssen dafür sorgen, dass Alleinerziehende hier eine Perspektive haben! Wir müssen dafür sorgen, dass es mehr Ausbildungsplätze gibt! Wir müssen dafür sorgen, dass Flüchtlinge in diesem Land integriert werden! Deswegen muss meines Erachtens Armut bekämpft werden.

Betrachtet man einmal die letzten Jahre, legt neben den Sanierungspfaden die Indikatoren für Armut in Bremen, muss man doch unweigerlich zu dem Schluss kommen, dass unter den Bedingungen des Sanierungspfades Armutsbekämpfung nicht möglich ist. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler würden so etwas machen, denn es hat keine Verbesserung unter den Bedingungen des Sanierungspfades gegeben. Deswegen sage ich: Es gibt eine Wahl, wir sind an einem Scheideweg. Entweder entscheidet man sich für eine Fortsetzung des Sanierungspfades, dann entscheidet man sich gegen eine wirksame Armutsbekämpfung, oder man entscheidet sich gegen den Sanierungspfad und für eine vernünftige Armutsbekämpfung. Ich sage: Meine Fraktion steht für Letzteres, für eine Armutsbekämpfung, die den Namen verdient, die Menschen aus Armut herausführt! Wir wollen uns nicht abhängig machen vom Knebelvertrag eines Sanierungspfades. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(B)

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP)*: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Seit 48 Stunden liegt uns als Opposition ja nun dankenswerterweise endlich der Haushaltsentwurf und daran gekoppelt gleich das Gutachten eines durchaus angesehenen Professors der LMU München vor. Wie sollen wir das eigentlich verstehen? Ist das gleich eine Art Entschuldigung dafür, dass Sie den Konsolidierungspfad verlassen? Oder ist es sogar eine bestätigte Rechtfertigung, bevor wir überhaupt darüber gesprochen haben? – Das hat aus unserer Sicht hier definitiv „ein Geschmäckle“.

(Beifall FDP)

Fakt ist: Dieser Haushaltsentwurf belastet definitiv das Verhältnis zum Bund und vor allem auch zu den anderen Ländern massiv. Sie verlangen, dass sich der Bund an seine Vereinbarung hält und weiterhin jährlich 300 Millionen Euro überweist, liefern aber sel-

ber nicht mehr. Ganz im Gegenteil: Die Grenze der Neuverschuldung wird um 272 Millionen Euro überschritten, und die Rechtfertigung dafür gibt es gratis gleich dazu, sogar gleich die Möglichkeit der Klage – wie es in dem Gutachten steht –, wenn der Stabilitätsrat es eben doch anders sehen sollte als von Ihnen kalkuliert. Ich kann, ganz ehrlich, unseren Finanzminister Schäuble verstehen, dass er darüber nicht wirklich begeistert ist.

Seien wir doch mal ehrlich: Unter dem Deckmantel der Flüchtlingskrise bereiten Sie die Abkehr vom Konsolidierungskurs vor, und in Ihrer eigenen mittelfristigen Finanzplanung steht es rot auf weiß: Auch ohne die Kosten der Flüchtlingskrise können Sie ab 2018 die Schuldenobergrenze nicht mehr einhalten. Bei aller Nächstenliebe und auch Verständnis für die Sondersituation, die wir absolut verstehen; es ist auch verständlich, dass man darüber nachdenkt, diese Flüchtlingskosten herauszurechnen. Liebe Koalitionäre, wir befinden uns auch in Zeiten der Nullzinsphase, in Zeiten der Rekordsteuereinnahmen und in Zeiten der Rekordbeschäftigung, und auch das gehört zu dieser Wahrheit dazu. Auch das ist eine Sondersituation, und wann, wenn nicht jetzt, können wir diese positiven Zeichen für uns nutzen, um Bremens Eigenständigkeit zu sichern?

(Beifall FDP)

Genau darum geht es nämlich, um die Eigenständigkeit unseres schönen Bundeslandes Bremen, und die ist in großer Gefahr, wenn Sie ab 2018 keine Konsolidierungshilfen vom Bund mehr bekommen, weil Sie die Defizitobergrenze nicht einhalten können. Da nützt Ihnen auch kein Gutachten oder die Anerkennung der Flüchtlingskrise als Sondersituation, sondern hier geht es wirklich darum, dass Sie Ihren Kernhaushalt auch dann nicht in Ordnung halten können, wenn die Flüchtlingskrise herausgerechnet wird. Zudem übrigens gibt Berlin mit 50 000 Flüchtlingen 600 Millionen Euro aus, und wir mit 12 500 Flüchtlingen lagen bei 316 Millionen Euro. Da fehlt jegliche Relation, zumal wir wissen, dass die Flüchtlingszahlen, jedenfalls vorübergehend, zurückgehen werden.

(Beifall FDP)

Ich schließe mich Ihrer Meinung an, dass uns die Flüchtlingskrise vor eine enorme Herausforderung stellt – absolut. Auch deswegen ist es bemerkenswert und muss, finde ich, an dieser Stelle erwähnt werden, wie Anja Stahmann es mit ihrem Team und vor allem auch den ehrenamtlichen Helfern eben ohne riesige Budgets geschafft hat, die Menschen bei uns aufzunehmen und auf schnellstem Wege zu integrieren.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht zum Nulltarif gewesen!)

(C)

(D)

(A) Wir haben nur auch in Bremen seit Jahren eine immer stärker werdende Schicht von Transferhilfeempfängern – Herr Röwekamp, Sie haben es angesprochen, wie schlecht sich die Zahlen da entwickelt haben –, die eben auch massiv unter dem fehlenden Wohnungsbau der vergangenen Jahre, unter zu wenigen integrierenden Arbeitsplatzangeboten und unter der Haushaltsnotlage leiden. Was sollen die denn nun denken? Dass auf einmal Milch und Honig fließen, aber sie bekommen davon nichts ab? – Das, befürchte ich, ist Nährboden für die radikalen Alternativen!

(Beifall FDP)

Dieser Haushaltsentwurf zeugt von Kreativ- und Disziplinlosigkeit für echte Aufgabenkritik. Neue Wagnisse kann ich darin auch nicht erkennen. Übrigens kann man auch durch eine Prozessoptimierung und keine automatische Nachbesetzung von Stellen sparen, und umso erschreckender ist es, dass die Investitionsausgaben nach wie vor weit unter den Zinsausgaben liegen, obwohl wir in der Nullzinsphase sind. Vor allem ist erschreckend, dass die Ausgaben noch weit unter dem Vorkrisenniveau 2008/2009 liegen, obwohl wir dies wirtschaftlich bei Weitem wieder erreicht oder zum Teil sogar überschritten haben.

(B) In unseren Augen nutzen Sie diese Niedrigzinsphase zur Refinanzierung aus, ohne auch nur einen Pfennig an den Bürger, der überhaupt keine Chance mehr zu sparen hat, zurückzugeben. Dann wird noch nicht einmal für Bremens Bürger investiert, sondern nur eine Neuverschuldung produziert, unter der kommende Generationen noch extrem leiden werden!

(Beifall FDP)

Ich habe den Eindruck, Sie haben weder den Mut noch die Kraft, wirklich etwas zu bewegen und zu verändern.

Lieber Herr Bürgermeister Dr. Sieling, ich habe mich gefreut, als Sie, vor allem als bekannter Finanzexperte, von Berlin nach Bremen gekommen und Bürgermeister geworden sind. Aber dass Sie sich jetzt darauf verlassen, dass Schäuble dem Vorschlag der Ministerpräsidenten zum Länderfinanzausgleich zustimmt, und bis dahin einfach so weitermachen, empfinde ich persönlich als fahrlässig. Bremen braucht einen weitsichtigen Bürgermeister und eben kein Phantom von Bremen, das besonders dadurch in Erscheinung tritt, Botschafter zu begrüßen, Cheerleader zu begrüßen, bunte Luftballons steigen zu lassen und tolle Empfänge zu veranstalten!

(Beifall FDP)

Es scheint das Werk eines Verpackungskünstlers, das von den eigentlichen Herausforderungen wie unzureichender Bildung, sich verfestigender Armut und steigender Kriminalität ablenkt. Ich kann mich noch

gut an die Zeit erinnern, als wir hier über das Sicherheitsgefühl im Land Bremen gesprochen haben. Wir haben eine Erhöhung und vor allem die Erfüllung der Zielzahl von 2 600 Polizisten für Bremen und 486 für Bremerhaven gefordert. Wir wurden von Ihrer Finanzsenatorin abgekanzelt, das sei ein Lobby-Antrag. So wird hier mit den Gefühlen und Sorgen von Bürgern umgegangen! Keine zwei Monate später werden Stimmen aus der Koalition laut, wir brauchen nun endlich rund 2 600 Polizisten in Bremen. Wie schön, dass auch Sie zur Einsicht gekommen sind! Mir ist es im Prinzip egal, wer sich dafür feiert – Hauptsache, es wird angegangen. Im Übrigen stehen wir beim Thema innere Sicherheit noch am Anfang.

(C)

(Beifall FDP – Abg. Röwekamp [CDU]: Hauptsache, die FDP ist dabei!)

Mit der Erreichung der Zielzahl ist es noch lange nicht getan. In unserer schönen Stadt gibt es nach wie vor noch Gebiete, die man nicht frohen Muts betreten kann. Die Gegend rund um den Bahnhof wurde gefühlt von der Polizei aufgegeben und scheint zum rechtsfreien Raum zu mutieren.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist jetzt wirklich nicht wahr! Da ist so viel Polizei!)

So weit darf es auf gar keinen Fall kommen! Wir müssen jetzt gegensteuern, und wir müssen Wege schaffen, dass wir wieder mit gutem Gefühl abends Straßenbahn fahren und dabei entspannt auch zwischen einer Gruppe junger Männer sitzen können. Sicherlich spielt die Zielzahl dabei eine große Rolle. Wir brauchen wieder mehr sichtbare Polizisten, eben eine Polizei zum Anfassen, den berühmten Freund und Helfer. Es gibt nach wie vor unheimliches Optimierungspotenzial.

(D)

(Beifall FDP)

Die Digitalisierung innerhalb der Polizeiverwaltung würde große Kapazitäten freierwerden lassen. Zusätzliche Schreibkräfte, nicht im Rang eines Kommissars oder höher, sondern ganz normale Angestellte, würden unserer Polizei Luft zum Atmen lassen und vor allem wieder mehr Wertschätzung und Respekt durch Präsenz und aktive Hilfestellung ermöglichen. Auf diese Weise können kurzfristig sogar Kosten eingespart werden. Ich wünsche mir wieder ein Bremen, in dem ich zu jeder Zeit befreit durch die Stadt laufen kann, ein Land, in dem ich ausgelassen tanzen gehen kann, ohne angegrapscht und belästigt zu werden, und ein Land, in dem mir nicht gleich vor der Haustür Drogen angeboten werden!

(Beifall FDP – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei Ihnen zu Hause! Das glaube ich, dass da Drogen angeboten werden!)

(A) Es ist genau unsere Aufgabe als Politik, den Menschen dieses Sicherheits- und Freiheitsgefühl zurückzugeben, und lange genug hat der Innensenator die falsche Ausbildungspolitik von Herrn Röwekamp fortgesetzt. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln und die Zielzahl deutlich anzuheben. Auch gerade im Hinblick darauf, was Sie und Frau Linnert ansprachen – dass unsere Stadt deutlich wächst –, müssen Zielzahlen eher als Mindestzahlen verstanden werden. Diesen Neustart dürfen Sie auch als Senat wagen.

Dieser Neustart darf übrigens auch in der Wirtschaftspolitik beginnen. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag klangen zumindest im Hinblick auf das Gründertum positiv und innovativ. Geliefert wurde bisher leider zu wenig. Sie haben mit neuen Richtlinien für Vergabe einen richtigen Weg eingeschlagen, diesen aber im selben Zug mit der Tarifbindung wieder konterkariert. Wie schade! Die Überlegung, wieder „Heuschrecken“ einzuführen – wir hatten ja gestern das Vergnügen, Herr Tschöpe; er ist nicht da –, der Stellenwert des Mittelstands mit drei Zeilen im gesamten Koalitionsvertrag und die Auslassungen einiger Koalitionäre über das Unternehmertum zeigen doch, ganz ehrlich, was Sie vom Mittelstand in diesem Land halten, und das ist absolut erschreckend.

(Beifall FDP)

(B) Die Bremer Wirtschaft ist nämlich unser Grundgerüst und vor allem das Grundgerüst dieser stark einnahmeorientierten Politik. Sie verlassen sich immer darauf, dass die Unternehmen und ihre Mitarbeiter die Steuern schon heranschaffen werden, und haben ihnen gegenüber gefühlt keinerlei Wertschätzung. Gepapert werden große Konzerne mit Tausenden Mitarbeitern, vergessen werden aber Handwerker, Einzelhändler, Logistiker und viele mehr. Der Mittelstand stellt doch in unserem Land die Jobs, bildet aus und ist in diesem Land auch dementsprechend verwurzelt.

(Beifall FDP)

Wenn sich das Klima verbessern würde, würden noch mehr kommen und feststellen, wie schön Bremen ist, mit Freude hier wohnen, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Anwälte!)

Wir sehen noch viel Potenzial auf diesem Feld, gerade im Hinblick auf die Gründerschaft. Die Antwort des Senats auf die Anfrage von uns in Bezug auf Gründerdichte, Ausgestaltung, Branchen und so weiter war durchaus unheimlich: Nahezu jede Antwort begann mit: Dazu liegen uns keine statistischen Daten vor.

Lieber Herr Bürgermeister Dr. Sieling, das ist wirklich schade, denn gerade in diesem Gebiet steckt unheimlich viel Potenzial, und wir haben in Bremen

vielen angegangen. Sie haben mit der B.E.G.IN eine unglaublich tolle Initiative, und auch der Unternehmensservice ist eine super Einrichtung. Aber ganz ehrlich – da geht bestimmt noch sehr viel mehr. Unser Ziel ist es, Bremen zum Gründerland Nummer eins in Norddeutschland zu machen. Das ist eine Vision, und dafür brauchen wir vereinfachte Rahmenbedingungen: Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden, Gewerbeschein online beantragen – dieses Projekt läuft ja, glaube ich, schon nahezu vier Jahre. Schön wäre auch, das Kfz online beantragen zu können und eine transparente Förderstruktur. Das wären echte USPs für die Region, die uns auch für Gründer attraktiv machen würden.

(Beifall FDP)

Im Zuge dessen begrüßen wir auch die Initiative zur flächendeckenden Versorgung mit WLAN im öffentlichen Raum. Im Rahmen der Digitalisierung ist der Breitbandausbau ein entscheidender Standortfaktor. Da ist Bremen gut, aber es geht noch besser. Unternehmen und Privatpersonen sind darauf angewiesen, große Datenmengen zu versenden und auch herunterladen zu können. Diese Anforderung wird insbesondere deutlich, wenn wir uns die veränderte Arbeitswelt anschauen: Immer mehr Menschen arbeiten flexibel von unterwegs und von zu Hause aus.

Über die Breitbandinfrastruktur komme ich noch zur Verkehrspolitik. Wir setzen uns für eine Verkehrspolitik ein, die alle Verkehrsteilnehmer als gleichberechtigt ansieht. Wir sind Export- und Logistikstandort, und Bremen kann nicht auf fließenden Verkehr verzichten. Container können eben auch in Zukunft nicht mit der Rikscha transportiert werden, sondern gehören nun einmal auf die Straße, auf die Schiene und auf die Weser. Hier sind wir alle gefordert, uns für Bremerhaven als Hafenstandort stark zu machen.

(Beifall FDP – Abg. Rupp [DIE LINKE]: Wir führen hier eine Haushaltsdebatte!)

Wir brauchen den vollständigen Ausbau der Mittelweser, um den Anschluss nicht zu verlieren.

Wenn wir an den Straßenverkehr von morgen denken, dann sprechen wir vom autonomen Fahren: Lkw und Pkw, die vernetzt durch intelligente Systeme über unsere Straßen fahren werden. Damit wird zum einen Kraftstoff gespart, und zum anderen werden Staus und Unfälle vermieden. Darauf sollten wir uns schleunigst vorbereiten, sehen wir doch die Chance, mit Mercedes einen der bedeutendsten Autobauer der Welt vor Ort zu haben. Lassen Sie uns doch gemeinsam mit dem Unternehmen eine moderne Verkehrspolitik umsetzen, die dem Bedarf aller gerecht wird! Milliardensubventionen der GroKo für E-Autos sind da wenig zielführend. Vielmehr benötigen wir die richtigen Rahmenbedingungen im Land Bremen und vor

(C)

(D)

- (A) allem eine attraktive Infrastruktur. Dann kommt E-Mobilität auch ohne staatliche Subventionen.

(Beifall FDP)

Das mit den Rahmenbedingungen gilt übrigens eins zu eins auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wer Kinder hat oder haben möchte, ist auf eine flexible Kinderbetreuung angewiesen. Die künftige Arbeitswelt der Menschen wird sich verändern. Das bedeutet, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein individuelles Betreuungsangebot für ihre Kinder brauchen. Wir leben in einer Zeit, in der viele einfach nicht mehr klassische Nine-to-Five-Jobs ausüben. Besonders die Alleinerziehenden sind da auf unsere Unterstützung angewiesen, denn Kind und Beruf unter einen Hut zu bringen, ist ganz bestimmt nicht einfach. Ich bin sehr froh, dass wir erst vor zwei Wochen gemeinsam etwas Positives auf den Weg gebracht haben.

Das Thema Betreuung hat auch damit etwas zu tun, Armut vorzubeugen. Die unnötig hohe Arbeitslosigkeit in unserem Land führt am Ende zu den exorbitanten Sozialausgaben, die wir uns schon heute kaum leisten können. Dabei geht es nicht um Zahlen, sondern vor allem um die Menschen dahinter. Arbeitslosigkeit führt in vielen Fällen zu Depressionen, Minderwertigkeitsgefühlen und dem Gefühl, kein geschätzter Teil der Gesellschaft zu sein. Vor allem mündet Arbeitslosigkeit in Armut, und das gilt es zu verhindern, und dem können wir vorbeugen.

(B)

(Beifall FDP)

Vorbeugen können wir am besten mit einem Mittel: Bildung, Bildung, Bildung! Jede Investition in die Bildung zahlt sich später doppelt und dreifach aus; das hat auch die Bertelsmann-Stiftung errechnet. Für uns Freie Demokraten ist klar: Der beste Schutz vor Armut von morgen ist die Bildung von heute. Es wird Zeit, die richtigen Prioritäten zu setzen. Denn das Problem ist nicht, dass es in Bremen zu wenig Ausbildung und Arbeitsplätze gibt, das Problem ist die mangelnde Ausbildungsreife der Schüler.

(Beifall FDP)

Im Betrieb bekomme ich das oft mit: Da haben wir Dutzende Bewerbungen auf dem Schreibtisch liegen, und wenn mir dann die Schüler beim Bewerbungsgespräch gegenüber sitzen, dann können mir die wenigsten sagen, wie viel fünf Prozent von 80 sind, um einmal ein einfaches Beispiel zu machen. Es ist ja schön, wenn jemand eine Eins im Deutschunterricht hat, weil er so toll Gedichte interpretieren kann.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Oder aufsagen!)

Aber im praktischen Arbeitsalltag nützt uns das nichts, schon gar nicht, wenn jemand einen Beruf er-

lernen möchte, bei dem er vielmehr technisches, mathematisches oder kaufmännisches Wissen benötigt. Gerade diese Berufe führen übrigens später zu einem deutlich besseren Gehalt.

(C)

(Beifall FDP)

Wir sollten einmal an unsere Lehrpläne herangehen. Unser Ziel ist es, Schüler ausbildungsfähig aus den Schulen zu entlassen und ihnen damit eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Ich finde es wichtig, dass wir mit der Zeit gehen und Absolventen wissen, wie man eine Steuererklärung ausfüllt oder warum man eine Haftpflichtversicherung abschließen sollte. Wir halten das vielleicht für ganz banales Alltagswissen. Das ist aber eben nicht mehr das, was vermittelt wird, sondern wird vielen Kindern gar nicht mit auf den Weg gegeben.

Bei der beruflichen Bildung müssen wir uns ebenfalls neu aufstellen, und das ist auch in Anbetracht der zu uns gekommenen Flüchtlinge wichtig. Viele Flüchtlinge werden hierbleiben und haben eine Zukunftsperspektive absolut verdient. Ausbildung und Arbeit müssen leicht zugänglich sein. Unbürokratische Nachqualifizierungen sind der Schlüssel für eine solide berufliche Zukunft.

(Beifall FDP)

Davon wird Bremen auch langfristig profitieren, denn wir sollten das Problem mit dem demografischen Wandel bei allen anderen aktuellen Themen nicht aus den Augen verlieren. Der Ansatz von Frau Dr. Bogedan, Flüchtlingskinder schnell in die Schule zu bringen, ist absolut wichtig, war der richtige Weg und ein unheimlich entscheidender Schritt in Richtung Integration.

(D)

Auch hier können wir die Chancen, die uns das digitale Zeitalter bietet, noch aktiver nutzen: Kostenlose Bildung gibt es terabytefach im Internet. Leider ist es immer noch so, dass die Schüler auf dem Pausenhof Tablets und Smartphones nutzen, zurück im Klassenzimmer aber keine Zeit dafür herrscht. Es ist unsere Pflicht, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass das Bildungssystem jedem einzelnen Kind gerecht wird, unabhängig vom Portemonnaie der Eltern. Das Internet und neue Medien helfen dabei, jeden Einzelnen noch besser nach seinen Begabungen und Fähigkeiten zu fördern. Deshalb setzen wir uns für interaktive Whiteboards in Klassenzimmern und für eine umfangreiche Qualifizierung von Lehrern in diesem Bereich ein. Der Tintenkiller darf nicht die letzte Revolution im Klassenzimmer gewesen sein!

Bremen hat ein großes Potenzial an jungen und engagierten Schülern. Nutzen wir das doch endlich! Lassen Sie uns umschalten von analog auf digital! Den Informatikunterricht der Neunzigerjahre können wir in die Mottenkiste packen. Wer heute in der Schule nur lernt, wie man mit Word-Dokumenten arbeitet,

- (A) wird morgen nicht verstehen, wie Werkzeuge und Bauteile aus dem 3D-Drucker entstehen.
- (Beifall FDP – Zuruf Abg. Tsardilidis [SPD])
- Auch ich war schon mal in der Schule, danke! Es wird Zeit, dass Sie hier endlich sichtbar werden, denn Verwalten war gestern, Gestalten ist jetzt. Hier geht es um die Zukunft unseres Landes und nicht um schöne Bilder für die Presse. Die Jahre bis 2020 werden hart und unbequem. Ich glaube, da weiß auch unser heutiger Gast in Bremen, Gerhard Schröder, am besten, wie hart es sein kann und was Reformbereitschaft ist. Zeigen Sie doch, dass Sie auch den Mut zu einem Neustart haben! Bildung, Wirtschaft und Sicherheit werden auch in den nächsten Jahren die Themen sein, die die Bremer bewegen. Hier braucht es eine kluge Politik, um Bremen wieder attraktiv zu machen und gleichzeitig den Haushalt zu sanieren.
- Für uns Freie Demokraten gilt: Am Konsolidierungskurs führt absolut kein Weg vorbei. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln mehr als nur einen erdrückenden Schuldenberg von mehr als 21 Milliarden Euro hinterlassen. Wir erwarten von Ihnen Reformbereitschaft, Wagemut und Risikofreude.
- (Beifall FDP)
- (B) **Vizepräsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.
- Abg. Eckhoff (CDU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige kurze Anmerkungen zu der Debatte, wie sie jetzt gelaufen ist. Wir haben ja noch genug Gelegenheit, uns während der zweiten Lesung mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen auseinanderzusetzen. Zu den Flüchtlingskosten, weil ich glaube, dass das schon ganz wichtig ist! Frau Dr. Schaefer und auch Herr Tschöpe haben ja hier noch einmal einen Popanz aufgebaut, als ob irgendeiner von der CDU gesagt hätte, dass wir eine Integrationsmaßnahme nicht wollten.
- (Abg. Tschöpe [SPD]: Na! – Zuruf Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])
- Dies ist falsch! Wir halten es für richtig, und wir werden sinnvolle, notwendige Maßnahmen bei der Integration von Flüchtlingen unterstützen. Hier geht es allerdings um die Finanzierung. Da ist es doch richtig, dass wir uns in einem ersten Schritt tatsächlich bemühen, mit dem Ergebnis der Steuerschätzungen im Mai und im November zunächst einmal alle möglichen Eigenanstrengungen zu unternehmen, um diese Integrationsleistung aus dem gegebenen Haushalt zu bestreiten und nicht einen Extrahaushalt dafür zu verabschieden.
- (Beifall CDU)
- Sie haben nämlich bisher in der Debatte völlig vergessen, dass natürlich das, was dort aufgenommen werden muss – so schreibt es auch Herr Professor Dr. Koriath in seinem Gutachten –, natürlich ab dem Jahr 2020/2021 wieder zurückgezahlt werden muss. Es ist nur eine Umverteilung auf die nächste Generation, und das wollen wir nicht!
- (Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Das habt ihr auch nie gemacht!)
- Deshalb ist es richtig, in diesem Jahr erst einmal nur einen Haushalt zu verabschieden und eventuell im Rahmen eines Nachtragshaushalts, wenn die Eigenanstrengungen nicht ausreichen, die notwendigen Mehrausgaben bereitzustellen. Alles andere ist der falsche Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren!
- (Beifall CDU)
- Die zweite Bemerkung zu dem Thema Polizei, innere Sicherheit, weil mir das auch wichtig ist; es hat ja hier in der Debatte eine Rolle gespielt: Dabei muss ich, Frau Steiner, feststellen: Ich lebe seit fast 50 Jahren offensichtlich in einer anderen Stadt als Sie.
- (Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich habe jahrelang auch im Viertel gewohnt, und ich muss sagen: Dass ich aus der Haustür getreten bin und mir dort einer direkt Drogen verkauft hat, ist mir nicht passiert. Wenn Sie das Tag für Tag erleben, dann leben Sie, glaube ich, an der falschen Stelle und sollten sich vielleicht eine neue Wohnung suchen.
- (Abg. Frau Steiner [FDP]: Sie sind ja auch keine Frau! Vielleicht liegt es daran!)
- Es ist allerdings richtig, dass wir zusätzliche Polizisten brauchen. Auch dort gilt zur Haushaltsklarheit und Wahrheit, dass Sie bisher nur eine Zahl von 2 470 vorgesehen haben. Dann haben Sie ein sogenanntes Flexibilisierungskonto eingeführt, das besagt, dass die Polizei im Endeffekt über Bußgeld et cetera bald ihre eigenen Stellen finanzieren muss. Das hat in der Vergangenheit nicht geklappt, und das wird auch in der Zukunft nicht klappen!
- (Beifall CDU)
- Die dritte Bemerkung zum OTB: Frau Dr. Schaefer, es hat überhaupt keiner gesagt, dass wir jetzt Notwendigkeiten hätten, nicht auch über das EEG zu reden. Wer hat es allerdings vorgelegt? Der Bundeswirtschaftsminister! Er hat einen Staatssekretär, Rainer Baake. Das ist der starke Mann in dem Ministerium. Sie wissen genau, welche Parteimitgliedschaft er hat. Er ist nämlich Grüner. Sprechen Sie zunächst einmal
- (C)
- (D)

- (A) mit dem verantwortlichen Staatssekretär, damit solche Vorlagen, wie sie jetzt eine aufgestellt ist, das Parlament überhaupt gar nicht erst erreichen!

(Beifall CDU)

Aber das war überhaupt nicht das Problem bei der Entscheidung Siemens. Das Problem bei der Entscheidung Siemens war, dass es bis heute keine Rechtssicherheit für den Bau des OTB gibt und dass man in den Jahren 2010 und 2011 verzweifelt versucht hat, den OTB privat zu finanzieren. Das war doch der Fehler, den Sie gemacht haben! Hätten Sie sich damals dazu bekannt, hätten Sie damals das Planfeststellungsverfahren fertiggestellt und eine öffentliche Finanzierung hinbekommen, wäre der OTB heute fertig und Siemens hätte eine Chance gehabt, nach Bremerhaven zu gehen.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrte Damen und Herren, Frau Bürgermeisterin Linnert, Sie haben über eine moderne Verwaltung gesprochen. Manchmal muss ich sagen: Wenn man die Schilderungen aus dem Stadtamt hört und eigene Erlebnisse von dort hat – bei mir vor Kurzem; wir haben ja alle so ein größeres Vergnügen am Hals, dass wir häufiger eine Strafanzeige aufgeben müssen, weil sich Leute für uns ausgeben und nette Pakete zuschicken lassen –

(B)

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Das machen wir aber nicht beim Stadtamt!)

wenn Sie das einmal erleben, wie lange die Aufgabe einer Anzeige bei der Polizei dauert, die man in anderen Ländern online machen kann, von zu Hause aus, muss man wirklich sagen: Da von einer modernen Verwaltung zu sprechen, Frau Bürgermeisterin, erfordert wirklich Chuzpe.

Ich möchte darüber hinaus darauf aufmerksam machen, dass es natürlich in diesem Haushalt auch noch erhebliche weitere Risiken gibt: Die GeNo haben Sie zum Beispiel in Ihrer Rede gar nicht erwähnt. Da schreiben Sie in Ihrer eigenen Senatsvorlage vom 7. oder 8. März 2016:

„Nach Feststellung der Wirtschaftsprüfer wird es der GeNo auf Grundlage der derzeitigen finanziellen Ergebnisse nicht möglich sein, den Kapitaldienst für die Investitionen in den Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte vollständig zu erwirtschaften. Diese Situation wird der Senat im Rahmen seiner weiteren Entscheidungen zur Unterstützung der GeNo“ und so weiter und so fort „berücksichtigen“.

Dann hier von Haushaltsklarheit und -wahrheit zu reden, Frau Senatorin, gehört auch dazu. Sie haben noch viele ungelöste Probleme, GeNo ist eins davon. Aber das findet man in diesem Haushalt in der Form gar nicht wieder.

(Beifall CDU)

(C)

Eine letzte Bemerkung – sonst fängt der Präsident hinter mir – –.

Vizepräsident Imhoff: Sie sind auch ziemlich am Ende!

Abg. Eckhoff (CDU): Am Ende bin ich noch nicht, aber die Redezeit, Herr Präsident, ist, glaube ich, gleich zu Ende! Ich habe diese Woche zur Kenntnis genommen, dass der Bürgermeister ein Märchenexperte ist. Ich wusste das vorher schon, was die politischen Aussagen betrifft. Da habe ich vieles für Märchen gehalten, was er versucht hat, uns als Wahrheit zu verkaufen. Mittlerweile hat er ja Rumpelstilzchen entdeckt. Aber verstanden, Herr Bürgermeister, haben Sie Rumpelstilzchen nicht so richtig. Sie hoffen noch immer, dass die Müllerstochter Karoline in ihrem Keller sitzt und aus Stroh Gold machen kann. Hätten Sie Rumpelstilzchen ordentlich verfolgt, hätten Sie festgestellt, dass es Rumpelstilzchen war, der dies als zusätzliche Dienstleistung angeboten hat. Da ich nicht vorhabe, mit Frau Bürgermeisterin in einen Keller zu gehen, überlassen Sie die Finanzen lieber uns! Wir können es besser!

(Heiterkeit – Beifall CDU – Abg. Röwekamp [CDU]: Außerdem heiratet der König die Müllerstochter!)

(D)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir bei Märchen bleiben, dann ist doch das große Problem in Bremen, dass wir eben keinen Esel haben, der mal eben Gold ausspuckt – wo auch immer.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Esel haben wir genug, aber die geben kein Gold!)

Herr Eckhoff, eigentlich habe ich mich nicht wegen Ihnen gemeldet; trotzdem möchte ich Folgendes sagen: Sie haben gesagt, Herr Tschöpe und ich hätten so einen Popanz aufgebaut, als wolle die CDU gar kein Geld für Flüchtlinge ausgeben. Das haben Herr Tschöpe und ich nicht gesagt. Herr Röwekamps Vorschlag war, jetzt kein Geld einzustellen, sondern das alles über einen Nachtragshaushalt zu lösen. Das finden wir nicht richtig. In dem Zusammenhang finde ich auch nicht richtig – das weise ich auch in aller Vehemenz zurück –, dass man der Finanzsenatorin hier auch noch einen Haushaltsbetrugsvorwurf an den Kopf knallt, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Herr Rupp, Sie haben gesagt, es sei in vielen Bereichen nicht genug, und das teile ich. Wenn wir uns ganz viele Bereiche anschauen, müssen wir feststellen: Ja, da ist immer noch Luft nach oben! Trotzdem heißt das, wenn man das feststellt, dass man ein Budget finden muss, mit dem man das finanzieren kann. Das ist doch das Problem. Sie haben gesagt, Sie fordern etwas für Menschen ein, die arm sind. Sie nannten das Solidarität, Nächstenliebe. Auch wenn man das für diese Menschen einfordert, und wir versuchen unser Bestes, dieses Menschen zu helfen, ist, deswegen noch mehr Schulden machen, noch mehr Schulden machen, noch mehr Schulden machen, sich von Schuldenbremsen verabschieden, der falsche Weg. Sie haben gesagt, wir müssen mehr ausgeben, um zu sparen. Für mich klingt das nach dem Motto der Schnäppchenjäger: Sparen durch Kaufen. Da waren sich Herr Röwekamp und ich uns hier vorne einig, auch wenn wir uns sonst nicht immer einig sind. Am Ende muss man nämlich den Blick auf das Konto werfen, und dann wird man sehen: Wenn man dachte, durch Kaufen mehr gespart zu haben, wird auf dem Konto am Ende des Tages weniger Geld sein, und das ist doch das große Problem.

(B) Gemeldet habe ich mich aber auf die Rede von Frau Steiner: Sie haben uns vorgeworfen, unter dem Deckmantel der Flüchtlingskrise den Konsolidierungskurs verlassen zu haben. Das teilen wir nicht. Ich teile das große Lob an Anja Stahmann, die in der Tat versucht hat, die Flüchtlingskrise zu meistern und die vielen Flüchtlinge adäquat unterzubringen. Das ist in Bremen besser gelungen als in vielen anderen Kommunen, wie beispielsweise in Berlin. Hier gibt es eben keine Obdachlosigkeit wie in anderen Großstädten. Das aber, Frau Steiner, gab es nicht zum Nulltarif.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Ich wundere mich immer beim Thema innere Sicherheit rund um den Bahnhof. Herr Zenner und ich waren neben mehreren Abgeordneten aus diesem Parlament in einer Nachtaktion mehrere Stunden dabei, in denen wir die Polizei begleitet haben. Selbst die Polizei sagt, dass es rund um den Bahnhof sicher ist, weil es dort eben eine große Polizeipräsenz gibt.

(Abg. Frau Steiner [FDP]: Nein, es ging um ein Gefühl! Es war nur ein Beispiel, mehr nicht!)

Das heißt nicht, dass wir nicht noch mehr in die Polizei investieren müssen. Ich finde es auch sinnvoll, dass Schreibkräfte nicht an der Waffe ausgebildet sein müssen, wenn Sie dann eben die Polizisten bei der Arbeit entlasten können, damit sie anderen Aufgaben nachgehen können. Ich habe aber von Ihnen in einer der letzten Reden die Definition von innerer Sicherheit gelernt. Sie hat mich allerdings ein bisschen erstaunt. Ihre Definition von innerer Sicherheit war – das kann man sicherlich im Protokoll nachlesen –,

(C) wie man die modische Handtasche trägt: ob man sie am Ellenbogen oder unter der Achsel trägt. Daran machen Sie die innere Sicherheit fest. Ich kenne mich nicht mit modischen Handtaschen aus. Ich habe Ewigkeiten gedacht, Louis Vuitton sei einfach nur ein Sponsor des America's Cup, einer Segelregatta. Irgendwann habe ich gelernt, da geht es um Handtaschen. Meine Definition von innerer Sicherheit ist faktenbasiert und nicht, wie man die Handtasche trägt, nämlich zu schauen, wie viele Einbrüche, wie viele Überfälle es wann und wo gibt.

(Abg. Frau Steiner [FDP]: Genau! Dann schauen Sie einmal an, wie die Statistik aussieht!)

Dann sehe ich mir das rund um den Bahnhof an. Wenn sich dann jemand hier hinstellt und sagt, man könne als Frau in Bremen nicht nach Hause gehen, ohne angegrapscht zu werden, ohne belästigt zu werden – –.

(Abg. Frau Steiner [FDP]: Das habe ich nicht gesagt! Wo man aufpassen muss, das habe ich gesagt!)

(D) Doch, das haben Sie gerade eben gesagt! Ich habe ganz genau zugehört: Sie haben gesagt, man kann nicht nach Hause gehen, ohne Angst zu haben, angegrapscht oder belästigt zu werden oder dass einem vor der Haustür Drogen angeboten werden! Da muss ich wie Herr Eckhoff sagen: Ich lebe auch in einer anderen Stadt. Ich fühle mich als Frau hier nicht belästigt. Ich fühle mich, wenn ich durch die Stadt gehe, nicht angegrapscht. Mir wurden auch keine Drogen angeboten. Ich finde, es ist brandgefährlich, wenn man hier immer wieder ein Bild von Bremen malt, nach dem die Menschen in dieser Stadt nicht sicher sein können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Deswegen rate ich dazu, diesen Haushalt nicht auf Gefühlen aufzubauen, sondern eben auf Fakten. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. Tschöpe (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kollege Eckhoff, zunächst bin ich dankbar, dass Sie keine modischen Handtaschen tragen. Trotzdem glaube ich, dass Ihre Definition der inneren Sicherheit deutlich näher an der Realität liegt als das, was wir von Frau Steiner gehört haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Aber Sie provozieren natürlich ein Stück, was die Zielzahldarstellung angeht, die es bisher gibt. Sie ha-

(A) ben gesagt, dass die 2 540 Stellen bei der Polizei nicht ausfinanziert seien und die Finanzierung der Differenz zwischen 2 470 und 2 540 über Bußgelder erfolgen solle. Sie wissen auch, dass das verkürzt ist. In der Tat: Zehn dieser Zielzahlvollzeitäquivalente sind über die Bußgelderhöhung dargestellt. Man kann darüber reden, ob man das geschafft hat oder nicht geschafft hat. Wir haben in den vergangenen Jahren zumindest bei der Abschaffung von Wirtschaftskriminalität im Rahmen der Verfahren EG/Hellas 36 Millionen Euro dargestellt; darin sind vielleicht auch ein paar Polizeistellen. Ich gestehe dazu: Man kann die Zielzahlen auch anders darstellen. Ich glaube auch, dass wir in den Verhandlungen mit den Grünen für die Zielzahlerhöhung auf 2 600 noch eine deutlich transparentere Darstellung wählen werden, als sie bisher vorhanden ist.

(Abg. Bensch [CDU]: Schauen wir einmal!)

Aber den Eindruck zu erwecken, dass wir hier die Zielzahl der Polizei aus den Bußgelderhöhungen darstellen, finde ich schlicht unredlich.

(Beifall SPD)

(B) Mich freut allerdings die Klarstellung, dass auch die CDU zu den erforderlichen Integrationsmaßnahmen steht. Dann streiten wir uns in der Tat darüber, mit welcher Technik wir das machen: Stellen wir die jetzt in den Haushalt ein und geben sie nur dann aus, wenn es erforderlich ist – Modell Senat, abgesichert durch eine juristische Expertise? –, oder geben wir es zunächst ohne haushaltsrechtliche Grundlage aus und stellen das später mit einem Nachtragshaushalt sicher?

(Abg. Röwekamp [CDU]: So wie 15 andere Länder!)

Ich sage ganz ehrlich: Ich finde den ersten Weg besser, weil er klarer und transparenter ist. Ich gestehe zu, Ihrer wäre möglich. Aber am Ende des Tages ist doch entscheidend, dass diese Maßnahmen durchgeführt werden. Wenn Sie da sagen: „Dazu steht auch die CDU“, dann können wir uns über den Weg streiten. Aber das Ziel dürfte an dieser Stelle das gleiche sein.

(Beifall SPD)

Haushaltsdebatten sind ja die Weihestunde der Ersten Gewalt; die Zweite Gewalt hat hier einen Haushaltsentwurf vorgelegt, die Erste Gewalt stimmt dem zu.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Ist das schon klar?)

Ich möchte hier ganz gern noch etwas zur Vierten Gewalt sagen: Dieses Parlament verliert einen ganz

treuen Beobachter. Herr Gerling wird heute die letzte Parlamentsdebatte kritisch würdigen. Herr Gerling, ich nehme mir einmal die Freiheit, Ihnen zum Abschied aus diesem Parlament folgendes Zitat von Konrad Adenauer mit auf den Weg zu geben:

„Mit kleinen Jungen und Journalisten soll man vorsichtig sein. Die schmeißen immer noch einen Stein hinterher.“

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen angenehmen Ruhestand!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Hilz.

Abg. Professor Dr. Hilz (FDP*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte einmal auf ein paar Zahlen im Einzelnen eingehen: Wir als Freie Demokraten – das hat Frau Steiner schon deutlich gemacht – wollen unbedingt am Konsolidierungskurs festhalten. Die Schuldenbremse ist so, wie sie ist, genau richtig, und wir müssen alles tun, um sie einzuhalten. Wir halten es auch für richtig, dass die Kosten für Flüchtlinge separat ausgewiesen werden. Das ist gut, das schafft Transparenz und stärkt auch unsere Position in Verhandlungen mit dem Bund, denn wir sind gemeinsam, glaube ich, immer noch der Meinung, dass sich der Bund viel mehr in die Finanzierung der Integration und Unterbringung von Flüchtlingen einbringen soll.

Wir heißen aber nicht gut, dass schon im Vorfeld, bevor der Haushalt aufgestellt wird, mit dieser Begründung davon abgelenkt wird, dass der Grundhaushalt ohne die Flüchtlinge schon auf eine schwierige finanzielle Basis gestellt wird. Insbesondere der Finanzplan, den Sie uns heute vorgelegt haben, Frau Linnert, zeigt, dass Sie bereits 2018 ohne die Flüchtlingskosten den Konsolidierungskurs – wenn alles so bleibt; wenn die Planungen so fortgeschrieben werden – verlassen werden. Das ist der Kern des Problems, an dem wir als Freie Demokraten anpacken wollen.

Wir haben auch das Gefühl, dass der Haushalt mit der Sonderausweisung der Flüchtlinge ein kleiner Testballon für andere rot-grüne Landesregierungen ist, die Ende des Jahres ihre Haushalte für 2017 aufstellen. Wenn es gelingt, dass das hier als Ausrede zum Verlassen des Konsolidierungskurses, als Ausnahmeregelung, um zusätzliche Schulden zu machen, vom Stabilitätsrat anerkannt wird, haben auch andere rot-grüne Landesregierungen sicherlich schon ähnliche Haushalte in der Schublade und werden dem Beispiel folgen. Das Problem dabei ist, dass wir erst 2017 tatsächlich wissen, ob der Haushalt verfassungskonform ist, nämlich erst dann, wenn der Stabilitätsrat darüber entschieden hat. Sie spielen hier also tatsächlich mit dem Feuer.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

(C)

(D)

(A) Wir hoffen, dass es gut ausgeht. Wir sind der Meinung, dass die 361 Millionen Euro, die Sie veranschlagt haben, am Ende nicht nötig sein werden. Frau Dr. Schaefer, Sie haben es angesprochen – ich war gerade hinten bei meinem Fraktionsgeschäftsführer –, wir sind der Meinung, wir werden nicht so viel Geld brauchen. Wir sind der guten Hoffnung, dass wir dieses Geld nicht auszugeben brauchen, dass wir zumindest in dem Bereich am Ende des Jahres einen deutlich geringeren Haushalt haben werden, als er hier veranschlagt ist.

(Beifall FDP)

Mir macht der Nachtragshaushalt Sorgen, den Sie letztes Jahr vorgelegt haben, kombiniert mit dem Abstand zur Obergrenze, wie Sie ihn hier für den eigentlichen Haushalt vorlegen: 80 Millionen Euro Differenz im eigentlichen Haushalt! Sie haben im letzten Nachtragshaushalt 110 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben gehabt, die nichts mit Flüchtlingen zu tun haben, also normale Budgetüberschreitung in den einzelnen Ressorts. Sollte es dieses Jahr wieder dazu kommen, haben wir den Konsolidierungskurs verlassen. Dass Ihre Senatskollegen nicht mit allen Ihren Vorgaben, Frau Linnert, einverstanden waren, scheint mir dadurch deutlich geworden zu sein, dass Sie viel länger gebraucht haben, um den Haushalt überhaupt vorzulegen, um sich zu einigen. Sie und Ihre Kollegen müssen in den jeweiligen Ressorts sehr penibel und sehr streng darauf achten, dass am Ende des Jahres dieses Mal keine derartige Budgetüberschreitung kommt. Wir können es uns als Bundesland nicht mehr leisten.

(B)

(Beifall FDP)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Alles, was möglich ist, muss nicht ausgereizt werden. Das Gutachten besagt: Es gibt die Möglichkeit, dass diese zusätzlichen Kosten für Flüchtlinge zur Überschreitung der Obergrenze herangezogen werden können, dass sie als Ausnahme geltend gemacht werden können. Sie müssen es aber nicht tun! Wir können sehr wohl mehr Anstrengungen verlangen. Wir Freie Demokraten wollen, dass in den Haushaltsberatungen weitere Anstrengungen im Kernhaushalt gemacht werden,

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Sagen Sie das einmal Ihrer bildungspolitischen Sprecherin! Sie sagt auch, dass es nicht reicht! Ihr müsst euch einmal überlegen, was ihr wollt!)

dass wir entsprechend dazu kommen, Ausgaben weiter zu Schwerpunkten zu machen, Schwerpunkte zu setzen und in anderen Bereichen noch stärker Einschnitte zu machen. Denn so weit ist es gekommen in diesem Land: Solange die SPD regiert hat, hat sich der Handlungsspielraum immer weiter verengt, und

er wird noch enger werden. Damit wir in der Zukunft noch handlungsfähig sind, müssen wir in diesen beiden Haushalten bereits schärfer den Rotstift ansetzen! – Vielen Dank!

(C)

(Beifall FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei kurze Bemerkungen! Erste Bemerkung: Ich teile an dieser Stelle ausdrücklich das, was Frau Dr. Schaefer gesagt hat: Die Tatsache, dass die Kosten für Menschen, die zu uns fliehen, in Zukunft fallen, bedeutet, dass wieder mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken, und das finde ich eigentlich unerträglich. Deswegen finde ich auch die Beschlussfassung zur Asylgesetzgebung und den Deal mit der Türkei und Ähnliches eher menschenunwürdig als alles andere.

(Beifall DIE LINKE)

Zweitens: Wir als LINKE sind überhaupt nicht der Meinung, dass man, wenn man etwas kauft, hinterher mehr Geld auf dem Konto hat. Frau Dr. Schaefer, das wissen Sie auch. Ich weiß gar nicht, warum Sie immer solche Dinge sagen, von denen Sie wissen, dass es genau nicht unsere Position ist. Sie machen uns in der Öffentlichkeit und in diesem Saal dümmen, als wir sind. Das kann ich Ihnen einfach nicht durchgehen lassen!

(D)

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, ich höre Ihnen einfach nur zu, Herr Rupp, und gehe darauf ein!)

Dann haben Sie es nicht verstanden! Ich mache einen letzten Versuch, Ihnen das zu erklären!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: In Ordnung, versuchen Sie es!)

Ich weiß, wenn wir heute beispielsweise 100 mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen, müssen wir sie bezahlen. Ich weiß auch, das müssen wir heute auf Kredit machen. Wir werden damit Kredite unseren Kindern in die nächste Generation übertragen; die müssen dann die Zinsen dafür zahlen und tilgen. Das weiß ich. Ich weiß aber auch: Wenn wir diese 100 Lehrerinnen und Lehrer nicht einstellen, haben wir vermutlich einen Anstieg von Sozialhilfeleistungen, weil wir zu wenige Menschen in Bildung kriegen, die dann keine Arbeit kriegen. Dann haben wir steigende Sozialleistungen. Diese steigenden Sozialleistungen sind ähnlich wie Schulden in Geld. Auch mit diesen Schulden müssen künftige Generationen klarkommen.

(A) Wenn wir heute sagen, wir möchten gern öffentliche Gebäude sanieren, können wir das nur, indem wir Kredite aufnehmen, im Moment für tendenziell 0 Prozent Zinsen. Wenn wir das nicht machen, laufen wir Gefahr, dass öffentliche Gebäude weiterhin erodieren und irgendwann nicht mehr zu gebrauchen sind oder dass die Kosten, sie instand zu setzen, deutlich höher sind.

Auch Sanierungsstaus sind soziale Schulden, die auftreten. Ich erwarte in dieser Debatte, dass mir jemand einmal nachweist, dass es besser ist, keine Schulden in Geld in den nächsten 20, 30 Jahren zu haben als eine Infrastruktur, die in Ordnung ist, und sinkende Sozialleistungen, weil die Menschen wieder in Arbeit kommen und eine höhere Bildung haben. Dieser Beweis steht aus. Wir sagen: Es spricht alles dafür, dass im Moment Schulden in Geld besser und auf Dauer bezahlbarer sind als soziale Schulden und Sanierungsstau. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zu den Abstimmungen über die Vorlagen zum Haushalt 2016 und 2017.

(B) Es ist hier vereinbart worden, bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen und im Anschluss daran die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

Als Erstes lasse ich über das Haushaltsgesetz 2016 der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2016 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2016, Drucksache 19/412, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Abg. Ravens [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE, FDP, ALFA, Abg. Tassis [AfD], Abg. Timke [BIW])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Ich lasse jetzt über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2017 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2017, Drucksache 19/412, ebenfalls in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Abg. Ravens [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE, FDP, ALFA, Abg. Tassis [AfD], Abg. Timke [BIW])

Stimmhaltungen?

Auch hier stelle ich fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Bei den Vorlagen zum Haushalt 2016 und 2017 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss federführend sowie an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit und der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Ich lasse jetzt über diese Überweisungen abstimmen.

Wer diesen von mir gerade vorgetragenen Überweisungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über die Überweisung der Übersicht der Anträge der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2016/2017 abstimmen.

Wer der Überweisung der Übersicht der Anträge der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2016/2017, Drucksache 19/412, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Auch hier stelle ich fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Zum Schluss lasse ich über die Überweisung des Finanzplans 2015 bis 2020 für die bremischen Gebietskörperschaften abstimmen.

(C)

(D)

- (A) Wer der Überweisung des Finanzplans 2015 bis 2020 für bremsischen Gebietskörperschaften, Drucksache 19/412, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.
- (Einstimmig)
- Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von den Mitteilungen des Senats, Drucksachen 19/402, 19/403, 19/413 und 19/414, Kenntnis.
- Außerdem bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2016 und 2017 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.
- Ich stelle Ihr Einverständnis fest.
- Meine Damen und Herren, das war die erste Lesung des bremsischen Haushalts 2016/2017. Ich bedanke mich, schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und wünsche den Bremerhavener Kolleginnen und Kollegen schöne Tage an der Küste!
- (Schluss der Sitzung 16.52 Uhr)
- Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.
- (B) (C) (D)

